

# **Volkswirtschaftliche Wirkungsanalyse von Sozialpolitik und Sozialtransfers**

---

Mario Matzer

Abteilung Wirtschaftspolitik

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark

Graz, August 2010



# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abbildungsverzeichnis .....	3
Tabellenverzeichnis.....	3
Abkürzungsverzeichnis .....	3
Einleitung .....	4
1.  Sozialpolitik als Bestandteil menschlicher Gemeinschaften.....	5
1.1  Geschichtliche Entwicklung.....	5
1.2  Moderne Sozialpolitik .....	6
2.  Wirtschaftswachstum .....	8
2.1  Wozu Wirtschaftswachstum? .....	8
2.2  Sozialpolitik und Wirtschaftswachstum.....	9
2.3  Stabilisierende Wirkung von Sozialtransfers .....	10
2.4  Förderung des Wirtschaftswachstums durch Steigerung der Produktivkraft.....	11
2.4.1  Wirtschaftswachstum durch Bildungsförderung.....	12
2.4.2  Wirtschaftswachstum durch Familienpolitik .....	12
2.4.3  Wirtschaftswachstum durch Arbeitsmarktpolitik.....	15
2.4.4  Wirtschaftswachstum durch soziale Dienstleistungen .....	16
2.5  Politik, Gewerkschaften und Wirtschaftswachstum.....	16
2.6  Wirtschaftswachstum und Verteilung .....	17
3.  Sozialpolitik und Beschäftigung .....	19
3.1  Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf Mensch und Gesellschaft .....	19
3.2  Arbeitsmarktpolitik .....	20
3.2.1  Passive Arbeitsmarktpolitik .....	20
3.2.2  Aktive Arbeitsmarktpolitik .....	22
3.2.3  Beschäftigungspolitik.....	23
3.3  Zusätzliche Beschäftigung durch Familien- und Carepolitik.....	24
3.4  Bildung und Beschäftigung.....	26
3.5  Neoliberale Märchen über den Arbeitsmarkt .....	27
4.  Soziale Stabilität und Armutsbekämpfung.....	29
4.1  Einkommensumverteilung durch Sozialpolitik.....	29
4.2  Gesundheit und Sozialstaat .....	30
4.3  Armutsbekämpfung durch Sozialtransfers .....	32
4.3.1  Sozialpolitik und soziale Vererbung .....	32
5.  Verbesserung der Verteilungssituation .....	34
5.1  Auswirkungen von Ungleichheit.....	35
5.1.1  Je ungleicher das Einkommen, desto mehr Gefängnisaufenthalte.....	36
5.1.2  Gesundheit und Einkommensverteilung .....	37
5.1.3  Einkommensverteilung und Teenagerschwangerschaften .....	38
5.2  Auswirkungen egalitärer Verteilung .....	39
5.2.1  Wirtschaftliche Auswirkungen egalitärer Verteilung .....	39
5.2.2  Gesellschaftliche Auswirkungen egalitärer Verteilung.....	40
5.3  Umverteilung in Österreich.....	40

5.3.1 Reformpotenzial für mehr Gerechtigkeit .....	41
Zusammenfassung .....	43
Bibliografie .....	44

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bevölkerungspyramide der Steiermark 1998/2008 und 2015 (Prognose)	13
Abbildung 2: Höchstes abgeschlossenes formales Bildungsniveau von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in der Steiermark und in Österreich (2009)	14
Abbildung 3: Arbeitslosenquoten in Österreich nach höchster abgeschlossener Ausbildung, 1990-2008	26
Abbildung 4: Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote, ausgewählten Institutionen und Politikmaßnahmen in OECD-Ländern	27
Abbildung 5: Armutsgefährdung nach soziodemografischen Merkmalen	33
Abbildung 6: Veränderung der Einkommensverteilung in Österreich, 1983-2005	34
Abbildung 7: Gefängnisinsassen und Ungleichverteilung	36
Abbildung 8: Psychische Erkrankungen und Ungleichverteilung	38
Abbildung 9: Teenagerschwangerschaften und Ungleichverteilung	39
Abbildung 10: Primäre und sekundäre Einkommensverteilung in Dezilen; Österreich, 2005	41
Abbildung 11: Entwicklung der Lohnquote in Österreich, 1995-2009	42

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Anteile am Gesamteinkommen vor und nach staatlicher Umverteilung	29
Tabelle 2: Entwicklung des Gini-Koeffizienten in Österreich 1983-2005	34
Tabelle 3: Vergleich Einkommensanteile 1983-2005	35

## Abkürzungsverzeichnis

AK	Kammer für Arbeiter und Angestellte (Arbeiterkammer)
AMS	Arbeitsmarktservice Österreich
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
EU	Europäische Union
HSV	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
IWF	Internationaler Währungsfonds
KAGES	Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft m.b.H.
MZ	Mikrozensus
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (engl.: <i>Organisation for Economic Cooperation and Development</i> )
VZÄ	Vollzeitäquivalent
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WK	Wirtschaftskammer
WU	Wirtschaftsuniversität (Wien)

## Einleitung

Sozialpolitik im Allgemeinen und Transferleistungen im Besonderen haben zahlreiche positive – und für das Funktionieren unserer Gesellschaft notwendige – Auswirkungen. Leider werden diese gerade in finanziell schwierigen Zeiten wie der derzeitigen oft nicht ausreichend gewürdigt. Dies führt dazu, dass Transferleistungen in erster Linie aus der Einsparungsperspektive betrachtet werden, was der tragenden Rolle von Sozialpolitik in unserer Gesellschaft nicht gerecht wird.

Sozialpolitik kann sowohl normativ als auch positiv begründet werden. Ersteres zielt darauf, eine möglichst gerechte Verteilung von Einkommen und Aufstiegschancen in einer Gesellschaft zu erreichen, indem es extreme Einkommensungleichheiten abfedert und die Marktintegration benachteiligter Individuen fördert. Letzteres versucht Marktversagen – die aufgrund asymmetrischer Information oder externer Effekte auftreten – zu beheben mit dem Ziel, eine möglichst effiziente Ressourcenallokation zu gewährleisten (Bock-Schappelwein et al., 2009).

Auf Basis neuester Erkenntnisse und Literatur zu diesem Thema versucht diese Studie in kompakter Weise die zahlreichen positiven Auswirkungen von Sozialpolitik und -transfers darzustellen<sup>1</sup>. Um dabei über das reine Auflisten der unterschiedlichen Effekte hinauszukommen, werden einige besonders relevante Auswirkungen in den Mittelpunkt gestellt:

- Stabilisierung und Förderung des Wirtschaftswachstums. Einerseits nachfrageseitig, da die EmpfängerInnen von Transferleistungen den Großteil ihres Einkommens für Konsumgüter aufwenden. Andererseits angebotsseitig, da zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen die Produktivkraft einer Volkswirtschaft steigern.
- Förderung der Beschäftigung durch Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowie durch das Schaffen direkter Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung und Pflege.
- Reduktion von Armut und Stabilisierung der Gesellschaft durch Transfers einerseits sowie durch erhöhte Teilnahmechancen aufgrund von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik andererseits. Dies wiederum steigert die gesellschaftliche Integration von Randgruppen und fördert intergenerative Mobilität und reduziert so die soziale Vererbung.
- Verbesserung der Verteilungssituation, was sich wiederum positiv auf das Wirtschaftswachstum, den gesellschaftlichen Wohlstand und nicht zuletzt den sozialen Zusammenhalt auswirkt.

---

<sup>1</sup> Wobei es selbstverständlich auch im Bereich der Sozialpolitik Verbesserungsmöglichkeiten und Effizienzpotenzial gibt (vgl. u. a.: Bock-Schappelwein et al., 2009; Guger et al., 2009; Buxbaum et al., 2010).

# 1. Sozialpolitik als Bestandteil menschlicher Gemeinschaften

Sozialpolitik ist ein grundlegender Pfeiler menschlicher Gemeinschaften und als solche wesentlich älter als beispielsweise die Wirtschaftspolitik. Über die Jahrhunderte hinweg gab es Sozialpolitik in unterschiedlichster Ausprägung – für gewöhnlich Armenfürsorge oder Barmherzigkeit genannt. Das heißt, irgendein Instrument, das Elend der Unterschicht zu lindern, wurde immer angewandt. Seien es die staatlich gestützten Getreidepreise im alten Rom oder die milden Gaben der Klöster im Mittelalter. Das Prinzip dahinter – welches sich auch heute im christlichsozialen Gedanken des Helfens widerspiegelt – basierte immer auf der Freiwilligkeit des Teilens, des Gewährens von Almosen. Der Pöbel im alten Rom war immer vom *Goodwill* des Imperators abhängig, die Tagelöhner im Mittelalter – bei Krankheit oder Alter – von der Barmherzigkeit des Adels, der großen Bauern oder der Mönche. Immer wurde darauf geachtet, dass sich der Beschenkte der Gnade seines Gegenübers bewusst und auf dessen Wohlwollen angewiesen war.

Der große Fortschritt des Sozialstaats<sup>2</sup> sozialdemokratischer Prägung ist das Recht auf Leistung, die gesetzliche Verankerung der Aufgabe des Staates, seinen Bürgern in Notsituationen beizustehen. Erst durch diesen Schritt wurde der Einzelne frei von der Willkür anderer – und sei es bloß deren fürsorgliche Zuwendung (Butterwegge, 2001). Infolgedessen konnten die BürgerInnen beginnen, gewisse Risiken einzugehen, womit der Grundstein für Selbstinitiative, freies Unternehmertum und Wirtschaftswachstum gelegt war. Es wird zwar noch immer peinlich darauf geachtet, dass es der Unterschicht nicht allzu gut geht, dass sie sich nicht in ihrer „sozialen Hängematte“ ausruht.<sup>3</sup> Aber immerhin besteht ein gesellschaftlicher Konsens, dass „unverschuldete“ Armut bzw. unverschuldete Krankheit nicht ins Elend führen darf und sozial abgefedert werden muss.<sup>4</sup>

## 1.1 Geschichtliche Entwicklung

Die Wurzeln der heutigen Sozialpolitik reichen zurück bis zur industriellen Revolution. Diese Epoche war geprägt von einer rasch wachsenden Bevölkerung und damit einhergehend katastrophalen sozialen Zuständen. Merkmale waren eine 80-Stunden-Woche – auch für Kinder – verbunden mit massiven Gesundheitsrisiken bei der Arbeit und Löhne an bzw. unter der physischen Existenzschwelle. Die bis zu diesem Zeitpunkt vorherrschende Form der sozialen Sicherung über Hausgemeinschaften und Großfamilien fiel der Anonymität der rasch wachsenden Großstädte zum Opfer. Eine massive, großflächige Verelendung war die Folge. Und so kam es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu zahlreichen Sozialreformen, die das Sozialsystem bis heute prägen (Kirisits, 2005).

---

<sup>2</sup> Sozialstaat und Sozialpolitik sind nicht identisch. Sozialpolitik in Form monetärer und realer Transfers zur Abfederung sozialer Differenzen gab es – wie ausgeführt – schon lange vor der Entwicklung des modernen Sozialstaates. Letzterer versucht zusätzlich die einzelnen Mitglieder des Staates vor unsozialen und ungerechten Maßnahmen zu schützen und so aktiv seinen Teil an der Zukunftsgestaltung der Gesellschaft zu übernehmen (Butterwegge, 2001).

<sup>3</sup> Welche Hängematte sich z. B. eine arbeitslose alleinerziehende Mutter zweier Kinder für Familienbeihilfe und Notstandshilfe überhaupt leisten kann, wurde in diesem Kontext allerdings noch nicht beleuchtet. Hauptsache, der Neidkomplex wird bedient.

<sup>4</sup> Leider hat sich in der Gesellschaft noch kein ähnlicher Kompromiss bzgl. unverschuldetem Reichtum – beispielsweise: Erbschaft – entwickelt. Da aber Reichtum und Armut nur zwei Seiten ein und derselben Medaille sind, wäre es langsam angebracht, diesem Anachronismus ein Ende zu bereiten (Anm. des Autors).

So wurde 1842 beispielsweise das „Gesetz über das Verbot von Kinderarbeit in Fabriken“ erlassen. Dieses beinhaltete:

- ein Verbot der Fabriksarbeit für Kinder unter neun Jahren
- eine Begrenzung der Tagesarbeitszeit für Kinder bis zu 12 Jahren auf 10 Stunden
- und für Jugendliche bis zu 16 Jahren eine Begrenzung auf 12 Stunde
- Verbot der Nacharbeit von Kindern und Jugendlichen

Dieses Gesetz wurde allerdings vorwiegend aus wehrpolitischen Überlegungen und weniger unter sozialpolitischen Gesichtspunkten erlassen. Man wollte verhindern, dass sich die eigenen Soldaten schon als Kinder zu Krüppeln arbeiten (Schwarz et al., 2001). 1888/89 wurde in Österreich dann aber die Kranken- und Unfallpflichtversicherung eingeführt, die den Grundstein für eine an Arbeits- bzw. Erwerbstätigkeit gebundene Sozialversicherung legte. Damit zählte Österreich zu den Pionierländern in der Sozialpolitik im Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts (Kirisits, 2005).

## 1.2 Moderne Sozialpolitik

Moderne Sozialpolitik steht für ein spezifisches Politikfeld, welches Verfahrensordnungen, Entscheidungsprozesse und Maßnahmen mit dem Ziel umfasst, soziale und/oder wirtschaftliche Notlagen von Einzelnen oder Gruppen zu vermeiden, indem es eine Versicherung gegen Existenzrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter, Invalidität oder Mutterschaft bietet (Fink, 2005).

Dieser Versicherungsgedanke – der gesetzliche Anspruch auf eine Leistung – hat nicht nur die Menschenwürde eines Individuums zum Ziel, sondern äußert sich auch wirtschaftlich. Rodriguez (2001) hat in den USA, Großbritannien und Deutschland die Auswirkung von Arbeitslosigkeit auf das Krankheitsrisiko untersucht. Da die BezieherInnen Versicherungsleistungen als legitimen Anspruch betrachten, Fürsorgeleistungen hingegen als stigmatisierend empfinden, ergeben sich sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Bezugspersonen. Sowohl in den USA als auch in Deutschland weisen auf die Fürsorge angewiesene Personen ein doppelt so hohes Krankheitsrisiko auf wie solche mit Anspruch auf Versicherungsleistungen. Auch in Großbritannien besteht ein solcher, wenn auch nicht ganz so gravierender Zusammenhang. „Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass auch so genannte passive Arbeitsmarktpolitik Mehrwert schaffen kann, insoweit sie durch ein zuverlässiges Versicherungsprinzip Gesundheit und Selbstvertrauen von Menschen stärkt“ (Schmid, 2009, S. 41).

Allerdings ist der Sozialstaat wesentlich mehr als nur ein Sicherheitsnetz. Von seinen Leistungen profitiert die gesamte Gesellschaft als solche, nicht nur die Hilfsbedürftigen. Der Sozialstaat bedient Bedürfnisse und bietet Lösungen, welche private Märkte entweder gar nicht anbieten, oder nur sehr ineffizient bereitstellen können. Wir benötigen den Sozialstaat daher aus Effizienzgründen. Und selbst wenn alle Verteilungsprobleme gelöst wären, würden wir den Sozialstaat noch immer, aus genau diesen Gründen, benötigen. Der Grund dafür liegt darin, dass Human- und Sozialkapital teilweise Kollektivgutcharakter haben und privatwirtschaftliche Ansätze hier zu einem Marktversagen führen<sup>5</sup> (Rothgang et al., 2008).

---

<sup>5</sup> Für praktische Beispiele siehe: Buxbaum et al., 2010.

Hinzu kommt, dass die Sozialpolitik den Klassenkampf entschärft – was ein wichtiger Mitgrund für Bismarck war, welcher hoffte, mit der Einführung der Sozialversicherung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben (Haffner, 1987). Dies geschieht vor allem dadurch, dass die staatlichen Transferzahlungen der markterzeugten Ungleichheit den Stachel ziehen und durch die Kombination von Sozialtransfers und Markteinkommen die Definition von klassenhomogenen Interessen maßgeblich erschwert wird (Alber, 2001).

Und nicht zuletzt kommt dem Sozialstaat eine wichtige gesellschaftliche Stabilisierungsrolle zu. Ein gut ausgebauter Sozialstaat verhindert, dass wirtschaftliche Krisen zu gesellschaftlichen Krisen werden und infolgedessen schwere politische Störungen verursachen – wie uns die Endphase der Weimarer Republik bildhaft vor Augen geführt hat. Auch die Transformation der ehemaligen Ostblockstaaten in Mitteleuropa wäre ohne Flankenschutz der Sozialpolitik nie so erfolgreich über die Bühne gegangen (Schmidt, 2007).

## 2. Wirtschaftswachstum

Wirtschaftswachstum ist so etwas wie der heilige Gral unseres marktwirtschaftlichen Systems. Kein/e PolitikerIn, kein Ökonom, die/der es nicht auf die eine oder andere Weise fördern möchte, keine Unternehmerin, die mit ihren Investitionen nicht zusätzliches Wirtschaftswachstum verspricht.

### 2.1 Wozu Wirtschaftswachstum?

Der Grund für die Popularität von Wirtschaftswachstum ist denkbar einfach: Es lindert zahlreiche – gesellschaftliche sowie wirtschaftliche – Probleme unserer Zeit. Und dies, ohne dass dabei notwendigerweise irgendjemand schlechtergestellt bzw. irgendjemandem etwas weggenommen werden müsste. Der Kuchen, an dem alle naschen, wird dadurch einfach größer. So gesehen entspricht Wirtschaftswachstum einer Pareto-Verbesserung, und wer könnte sich dem schon entgegenstellen?

Wirtschaftswachstum bietet außerdem die Möglichkeit, die gesellschaftliche Diskussion über gewisse Probleme – wie beispielsweise die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen – zu umgehen. Tatsächliche Umverteilung würde bedeuten, jemandem – für gewöhnlich ausgerechnet den Mitgliedern einer Demokratie, welche über besonders viel Einfluss verfügen – etwas wegnehmen zu müssen. Wirtschaftswachstum hingegen verschafft den herrschenden Politikern zusätzlichen Verteilungsspielraum, ohne dass sie es sich mit irgendjemandem verscherzen müssten.

Selbstverständlich gibt es auch zahlreiche Kritiker und Kritikerinnen am kapitalistischen Konzept des permanenten Wirtschaftswachstums. Einerseits wird gerne auf das exponentielle Wachstum unserer Ökonomien verwiesen, wobei allerdings gerne übersehen wird, dass es bei den entwickelten Industrieländern schon eine gewisse Tendenz zu einer fallenden Wachstumsrate gibt (vgl. Obinger, 2007).<sup>6</sup> Andererseits stellen uns die zunehmenden Auswirkungen der Umweltverschmutzung – Stichwort: Klimawandel – tatsächlich vor ernsthafte Probleme (vgl. Müller et al., 2007). Dabei rückt einer der Hauptgründe für das rasante Wachstum unserer Ökonomien im Laufe des letzten Jahrhunderts – der beständig zunehmende Verbrauch von fossilen Energieträgern – zu Recht ins Zentrum der Kritik.

Die notwendige Antwort darauf liegt wohl darin, der Qualität des Wirtschaftswachstums in Zukunft einen höheren Stellenwert einzuräumen als der reinen Quantität. Aber auch grünes Wachstum im Bereich Umwelttechnik – dem speziell für die Wirtschaft der Steiermark große Bedeutung zukommt (vgl. Matzer, 2008) – ist Wirtschaftswachstum.

Tatsache ist, dass ohne ein gewisses Maß an Wirtschaftswachstum bestimmte gesellschaftliche Vorstellungen – wie beispielsweise ein möglichst hoher Grad an Beschäftigung – nicht aufrechtzuerhalten sind, da aufgrund der permanenten Arbeitsproduktivitätssteigerungen infolge des technischen Fortschritts kontinuierlich

---

<sup>6</sup> Hinzu kommt, dass das tatsächliche Wirtschaftswachstum den Zahlen nicht entsprechen dürfte, sondern zu einem guten Teil auf der zunehmenden Ökonomisierung unserer Welt beruht. Wo früher die Mutter als Nachhilfelehrerin fungierte, wird heute ein professionelles Institut bezahlt. Der Skilehrer ersetzt den Vater beim Winterurlaub. Da diese früher unentgeltlichen Leistungen nun bezahlt werden, fließen sie ins BIP ein und es entsteht Wirtschaftswachstum (Prisching, 2006).

Arbeitsplätze verloren gehen. Aber auch andere Probleme, wie die demografische Entwicklung in den Industrieländern oder die – aufgrund von Steueroasen und Steuerwettbewerb – scheinbare Unmöglichkeit, das vermögensbezogene Einkommen des Großbürgertums zu besteuern (vgl. Hartmann, 2007), drohen ohne ausreichendes Wirtschaftswachstum die finanziellen Kapazitäten der Staaten in nicht allzu ferner Zukunft zu sprengen.

## 2.2 Sozialpolitik und Wirtschaftswachstum

In diesem Sinne ist es nur konsequent, dass auch die Sozialpolitik ihre Möglichkeiten wahrnimmt, um das Wirtschaftswachstum in Österreich zu fördern. Dabei gilt:

Sozialpolitik ist eine Bedingung von Wirtschaftswachstum, zugleich auch eine Belastung, je nachdem, ob man stärker gesamtwirtschaftlich oder einzelbetrieblich, langfristig oder kurzfristig, von einem eher erweiterten oder eher begrenzten Ökonomieverständnis her argumentiert. (Boeckh et al., 2006, S. 378)<sup>7</sup>

Leider wird – wie eingangs bereits erwähnt – die Sozialpolitik allzu oft nur aus der egoistischen, kurzfristigen Perspektive betrachtet, was zu einseitigen suboptimalen Lösungen führen kann. Derartige Betrachtungsweisen lassen sich auch besonders leicht zu simplifizierenden, populistischen Bildern wie dem „Tachinierer in der sozialen Hängematte“ formen, die dann gerne vom Boulevard aufgegriffen werden. Es gibt daher eine gewisse Tendenz unter Politikern, mit derartigen Neidargumenten die Sozialpolitik schlechtzureden, um eigene Anliegen besser durchbringen zu können. Um hier einen Gegenpunkt zu liefern, wird daher in weiterer Folge vor allem auf jene Auswirkungen der Sozialpolitik eingegangen, die das Wirtschaftswachstum stärken.

Mittlerweile ist die Ökonomisierung unserer Welt so weit fortgeschritten, dass sozialpolitische Maßnahmen immer auch aus der Perspektive der wirtschaftlichen Auswirkungen betrachtet werden.<sup>8</sup>

Inzwischen ist es jedoch in der Sozialpolitik selbstverständlich geworden, hier auch wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Erwägungen Raum zu geben. (Evers et al., 2008, S. 9)

Sozialpolitik wird dabei als Investitionspolitik betrachtet, die sich gesamtwirtschaftlich auszahlen soll. Dass diese Herangehensweise dazu geführt hat, dass die Sozialpolitik mittlerweile zu einer wichtigen Stütze des Wirtschaftswachstums geworden ist, ist nicht weiter verwunderlich.

---

<sup>7</sup> Die Studie der Arbeiterkammer Wien vom 12.8.2010 „Nachhaltige Budgetkonsolidierung durch Investitionen in den Sozialstaat“ liefert genau zu diesem Ansatz hervorragende Beispiele (Buxbaum et al., 2010).

<sup>8</sup> Was vice versa für andere Politikbereiche – beispielsweise die Wirtschaftspolitik – nicht gilt. So werden die negativen sozialen Auswirkungen infolge von „Wettbewerbsfähigkeit“ steigernden Maßnahmen – wie es in Neusprech so schön heißt – oft einfach als unausweichlicher Teil des Fortschritts hingegenommen, um welche sich dann wiederum die Sozialpolitik zu kümmern hat.

## 2.3 Stabilisierende Wirkung von Sozialtransfers

Bevor wir uns allerdings mit den speziell das Wirtschaftswachstum fördernden Maßnahmen auseinandersetzen, noch ein anderer wichtiger Aspekt. Die empirische Wirtschaftsforschung hat gezeigt, dass gerade die Länder mit besonders hoch entwickeltem Sozialstaat zu der kleinen Gruppe von Ländern gehören, die über eine besonders produktive Wirtschaft verfügen (Schmidt, 2007). Dieses Argument gilt selbstverständlich nicht für jeden Sozialstaat mit hoch entwickeltem Sozialsystem. Als besonderes Negativbeispiel mag hier die DDR gelten, wobei diese sowohl politisch als auch wirtschaftlich nicht mit unserer aktuellen Situation vergleichbar ist (Schmidt, 2004). Aber auch dem peronistischen Argentinien war kein Erfolg beschieden. Es kommt also sehr wohl auf die spezifische Gestaltung der Sozialpolitik an. Schmidt (2007) erarbeitet folgende Kriterien, die für die wirtschaftsfördernde Wirkung der Sozialpolitik besonders relevant sind:

- Steuerpolitik und Sozialtransfers müssen beschäftigungsfreundlich gestaltet sein.
- Der überwiegende Großteil der Stimmberechtigten muss einen Rechtsanspruch auf Sozialleistungen haben und seinen Teil zur Finanzierung derselben beitragen.
- Die Finanzierung der Sozialleistungen muss beschäftigungsfreundlich gestaltet sein, d. h. eher aus Steuermitteln denn aus Sozialausgaben.

Selbstverständlich darf auch die stabilisierende Wirkung von Transferleistungen auf den Konjunkturzyklus nicht außer Acht gelassen werden. So wirken die automatischen Stabilisatoren in einem konjunkturellen Abschwung nachfragestärkend und stützen in einer kritischen Phase den Inlandskonsum.<sup>9</sup> Andererseits dämpfen die zusätzlichen Kosten für die sozialen Netze den Aufschwung leicht und glätten so den Konjunkturzyklus. Sie sind somit ein äußerst relevanter und gleichzeitig effektiver Teil der modernen Konjunkturpolitik.

Zusätzlich kann – wie die Empirie zeigt – kluge Sozialpolitik schumpetersche Transformationen in Krisenzeiten unterstützen, da sie die sozialen Kosten in Grenzen hält. So hat Finnland die Wirtschaftskrise Anfang der 90er dank seines Sozialschutzes bemerkenswert gut durchtaucht und dabei sogar die Grundlagen für die spätere gedeihliche Entwicklung seiner Volkswirtschaft gelegt (Schmidt, 2007).

Die Arbeiterkammer Wien hat einige Beispiele aufgelistet, wie sinnvolle Investitionen in den Sozialstaat mittelfristig sogar zur Budgetkonsolidierung beitragen können (Buxbaum et al., 2010).

---

<sup>9</sup> Von den sozialen und gesellschaftlichen Kosten, die auf einen starken Konjunkturreinbruch ohne soziale Sicherheitsnetze folgen, ganz zu schweigen.

## 2.4 Förderung des Wirtschaftswachstums durch Steigerung der Produktivkraft

Laut Bock-Schappelwein et al. (2009) spielt die Sozialpolitik eine entscheidende Rolle beim Großteil der die Produktivkraft<sup>10</sup> einer Volkswirtschaft erhöhenden politischen Maßnahmen. Diese sind:

- Produktivitätssteigerungen
- Wachstum von Sach- und/oder Humankapital
- Anstieg der Arbeitsmarktbeteiligung

Abgesehen von der Erhöhung des Sachkapitals ist die dominante Bedeutung der Sozialpolitik für sämtliche dieser Bereiche offensichtlich. Evers et al. (2008) sehen parallel dazu den höchsten Wirkungsgrad der Sozialpolitik auf das Wirtschaftswachstum in den Bereichen Demografie, Humankapitalbildung und der Unterstützung gut funktionierender Arbeitsmärkte.

Produktivitätssteigerungen sind für gewöhnlich verbunden mit einer stärkeren Spezialisierung auf Teilbereiche, welche dann wiederum zur Entwicklung effizienterer Arbeitsabläufe und verbesserter Organisationsstrukturen führt. Diese Entwicklung geht Hand in Hand mit dem technischen Fortschritt. Einerseits führt Spezialisierung zu technischem Fortschritt, andererseits eröffnet der technische Fortschritt neue Spezialisierungs- und Produktionsmöglichkeiten.

Unabhängig davon, in welchem Bereich die Spezialisierung geschieht – durch Forschung und technische Neuerungen oder bei der Produktion am Fließband –, auf beiden Seiten des Spektrums kommt es in erster Linie auf einen Faktor an: Humankapital. Die beste Methode, um sowohl Produktivität als auch Humankapital zu fördern, ist: Bildung. Und die Bildungspolitik darin zu unterstützen, dass sie sämtliche Mitglieder einer Gesellschaft erreicht, ist eines der wichtigsten Anliegen der Sozialpolitik und zugleich einer der großen Erfolge der modernen Sozialstaaten.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Eine Steigerung der Produktivkraft bedeutet nichts anderes, als dass eine Ökonomie in derselben Zeit mehr Güter und Dienstleistungen produzieren kann. Ohne eine – wie auch immer geartete – Steigerung der Produktivkraft ist Wirtschaftswachstum nicht möglich.

<sup>11</sup> Die europäische Tendenz zur Bildung sogenannter Eliteuniversitäten – verbunden mit dem Aushungern staatlicher Bildungsinstitutionen – ist eine besonders kritische Entwicklung. Dies führt automatisch zu einer Reduktion der sozialen Durchlässigkeit und zementiert die gesellschaftlichen Unterschiede über Generationen hinweg ein. Spitzenforschung ist wichtig und notwendig, aber sie darf nicht auf Kosten der allgemein zugänglichen Bildung finanziert werden (Hartmann, 2007).

## **2.4.1 Wirtschaftswachstum durch Bildungsförderung**

Investitionen in das Humankapital zeigen einen signifikanten Einfluss auf das Niveau sowie auf die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts. (Bock-Schappelwein et al., 2009, S. 5)

Zahlreiche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen haben sich bereits mit dem Zusammenhang zwischen Bildung und Wirtschaftswachstum auseinandergesetzt. Mehrere interessante und für Österreich relevante Faktoren sind dabei entdeckt worden.

So hat Aghion (2008) belegt, dass die Relevanz von Humankapital für das Wirtschaftswachstum umso stärker ist, je höher eine Volkswirtschaft entwickelt ist. Hanushek et al. (2007) haben gezeigt, dass es dabei allerdings nicht so sehr auf die Quantität der Bildungsabschlüsse ankommt als vielmehr auf die Qualität. Also weniger auf die durchschnittlich absolvierte Ausbildungszeit als auf qualitative Faktoren wie das Niveau der Abschlüsse und die LehrerInnenausbildung. Diese zu beeinflussen ist eine der zentralen Aufgaben der Bildungspolitik.

Trotzdem sind auch die quantitativen Auswirkungen beachtlich. Laut Bock-Schappelwein et al. (2009) steigert ein zusätzliches Ausbildungsjahr in der EU die Produktivität um ca. 6%. In Österreich beruht bereits etwa die Hälfte des Wirtschaftswachstums auf der Qualitätsverbesserung des Faktors Arbeit.

Da Bildung allerdings etwas kostet – auch wenn es nur die Opportunitätskosten der entgangenen Arbeitszeit sind –, ist sie nicht für alle in gleichem Maße zugänglich. So führen Foellmi et al. (2003) aus, dass beispielsweise weniger begabte Kinder aus einer höheren Schicht mehr in Bildung investieren als hochbegabte Kinder aus niedrigeren – d. h. finanziell schlechtergestellten – Schichten. Dies führt zu einer ineffizienten Bildungsallokation, was sich wiederum negativ auf das Wirtschaftswachstum einer Ökonomie auswirkt. Empirische Studien belegen diese Ergebnisse: Es existiert eine stark negative Korrelation zwischen der Einkommensungleichheit einerseits und der Tertiärbildung in einer Gesellschaft andererseits. Hieraus ergibt sich ein breites Spektrum an sozialpolitischen Maßnahmen, um Ungleichheiten zu lindern und das Wirtschaftswachstum zu stärken (ibid.).

## **2.4.2 Wirtschaftswachstum durch Familienpolitik**

Erfolgreiche Familienpolitik hat in erster Linie große Auswirkungen auf die Arbeitsmarktintegration von Frauen. Eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit hat mehrere positive Effekte. Neben dem allgemeinen Wirtschaftswachstum aufgrund der steigenden Produktivkraft und dem zusätzlichen Steueraufkommens sind dies u. a.:

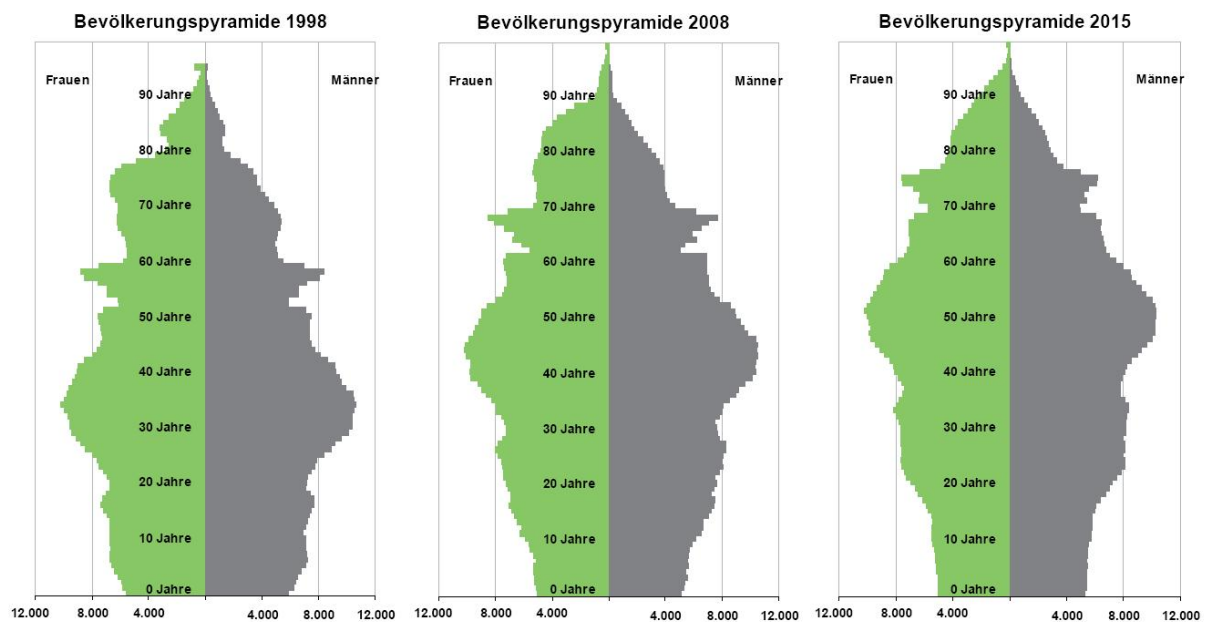
- Steigerung des zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommens
- Verbesserung des Wohlstandes der Kinder, womit sie höhere Bildungs- und Aufstiegschancen erhalten
- und nicht zuletzt eine Reduktion der häuslichen Gewalt (Bock-Schappelwein et al., 2009)

Neben diesen offensichtlichen Effekten wird allerdings oft vergessen, dass Kinderbetreuung zugleich eine Bildungsinvestition ist, die Humankapital schafft. Somit handelt es sich hier um

ein ausgezeichnetes Instrument, die soziale Vererbung zu durchbrechen und die intergenerationale Mobilität zu erhöhen. Dies trifft ganz besonders auf die Kinder von MigrantInnen zu, da diese zusätzlich zu ihren finanziellen Problemen noch soziale und sprachliche Hindernisse zu bewältigen haben, um ihren Kindern einen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Die verlorene Generation der Einwandererkinder in den französischen Banlieues könnte hiervon ein Lied singen (ibid.).

Diese Erkenntnis gewinnt insofern an Relevanz, als die demografische Entwicklung die Industrieländer diesbezüglich in nicht allzu ferner Zukunft vor besondere Aufgaben stellen wird.

**Abbildung 1: Bevölkerungspyramide der Steiermark 1998/2008 und 2015 (Prognose)**



Daten: Statistik Austria; Darstellung: Kirschner et al., 2010

Wie Abbildung 1 zeigt, wird auch die Steiermark von der Verschiebung der Alterspyramide nicht verschont. Seit den 60ern geht die Geburtenrate zurück und beträgt nun gerade noch 1,4 Kinder pro Frau.<sup>12</sup> Trotzdem wächst die Bevölkerung in der Steiermark durch Zuwanderung leicht an, wenn auch nur um 0,2% pro Jahr, wobei sich das Wachstum auf den Raum Graz konzentriert. Gleichzeitig wandert die Babyboom-Generation im Laufe der kommenden 10 Jahre in die Pension (Kirschner et al., 2010).

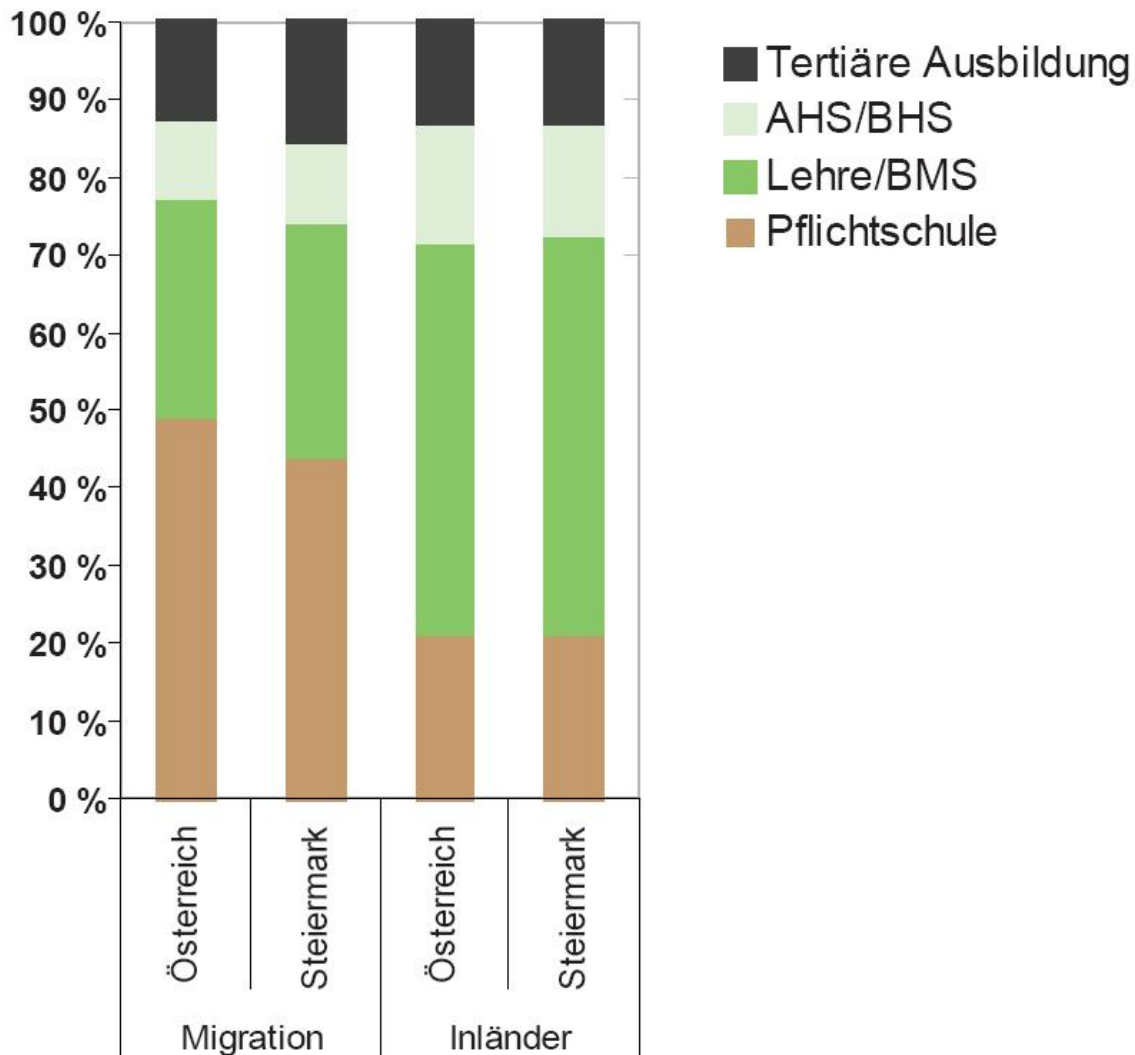
Diese Entwicklung dämpft das Wirtschaftswachstum, da sie sowohl das Arbeitskräfteangebot vermindert als auch das Humankapital reduziert. Letzteres vor allem aufgrund der Tatsache, dass Personen mit Migrationshintergrund in der Regel über eine schlechtere Ausbildung verfügen als die den Arbeitsmarkt verlassenden Einheimischen. Abbildung 2 zeigt dies anhand einer Gegenüberstellung der höchsten abgeschlossenen Ausbildung von MigrantInnen und Inländern in Österreich.

Umso wichtiger werden sozialpolitische Maßnahmen, die diesen Entwicklungen entgegenwirken. So gilt es einerseits, die Arbeitsmarktbeteiligung einzelner

<sup>12</sup> Für eine stabile Bevölkerungsentwicklung müsste die Geburtenrate 2,1 Kinder pro Frau betragen.

Bevölkerungsgruppen weiter zu stärken, andererseits vermehrt in Bildung zu investieren, nicht nur, aber auch ganz speziell in die Bildung von MigrantInnen und deren Kindern. Hilfsarbeiter mit Pflichtschulabschluss hat Österreich bei Weitem genug. Facharbeiter und höhere Abschlüsse sind gefragt. Migrantenkinder bei der Bewältigung sprachlicher Barrieren zu unterstützen und ihnen den Weg zu angesehenen Lehrberufen zu ebnet ist ein relevanter Baustein, um das Wohlstandsniveau in Österreich auch für kommende Generationen zu erhalten.

**Abbildung 2: Höchstes abgeschlossenes formales Bildungsniveau von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in der Steiermark und in Österreich (2009)**



Quelle: Kirschner et al., 2010

Im Lichte dieser demografischen Entwicklungen gewinnen familien- und bildungspolitische Maßnahmen, welche auf Integration, Ausbildung und die Schaffung von Aufstiegschancen von Migranten abzielen, eine ganz andere Bedeutung. Zugleich offenbaren sie, dass unsere Innenministerin offensichtlich in kompletter Unkenntnis der realen Zustände Österreichs lebt, wenn sie perfekt integrierte und in Österreich auf unsere Kosten ausgebildete Menschen wie die Familie Zogaj abschieben lässt.

### 2.4.3 Wirtschaftswachstum durch Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitsmarktpolitik fördert das Wirtschaftswachstum in vielerlei Hinsicht. Die augenscheinlichste Methode ist, dass sie die Arbeitsmarktintegration von arbeitsmarktfernen Personen wie Frauen, älteren Personen, aber auch Personen mit Migrationshintergrund und Geringqualifizierten, vorantreibt. Die dabei zur Verfügung stehenden Instrumente sind vielfältiger Natur: Schulungen, Vermittlungstätigkeit, Subventionen der unterschiedlichsten Art, wie Mobilitätszuschüsse oder Kombilohnmodelle etc.

Neben dieser offensichtlichen Aufgabe fördert die Arbeitsmarktpolitik allerdings auch die Produktivität des Faktors Arbeit in mehrerlei Hinsicht.

Wie die OECD in ihrem *Employment Outlook 2007* zeigt, ist die Arbeitslosenunterstützung ein vitales Instrument zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Arbeitsproduktivität in den OECD-Staaten. So führt ein Senken der Arbeitslosenunterstützung zu einer Reduktion der aggregierten Produktivität. Der Grund dafür liegt darin, dass arbeitslose Personen dann gezwungen sind, schnell den nächstbesten Job anzunehmen, statt Zeit für die Suche nach einem für sie besser geeigneten Job aufwenden zu können.

Aber auch andere Arbeitsmarktinstitutionen, die gerne von konservativ-libertären Politikern als wirtschaftsfeindlich gebrandmarkt werden – wie Kündigungsschutzgesetze, Karenzzeiten oder Mindestlöhne –, haben einen nicht zu verachtenden positiven Produktivitätseffekt. Dies beruht auf drei unterschiedlichen Wirkungsmechanismen:

- Sie geben den Unternehmen den Anreiz, in Ausbildung und Training ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu investieren.
- Sie verbessern das Zusammenspiel zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt hin zu produktiveren Arbeitsverhältnissen.
- Sie erhöhen allgemein die Notwendigkeit zu produktiver Arbeit und optimieren so die Ressourcenallokation in Richtung produktivitätsintensiver Arbeitsplätze (OECD, 2007; Bock-Schappelwein et al., 2009).

In Anbetracht dieser Erkenntnisse ist es entlarvend, dass die Entscheidungsträger in EU und IWF, aber auch die Spitzen der konservativen Parteien in Europa nach wie vor institutionelle Arbeitsmarktrigiditäten als Hauptübel der Arbeitslosigkeit anprangern. Wie der renommierte Arbeitsökonom Richard Freeman (2008) aus Harvard ausführt, widerspricht diese orthodoxe Sichtweise den empirischen Erkenntnissen.

Politische Empfehlungen von internationalen Institutionen wie dem IMF, der OECD oder der Europäische [sic] Kommission – die immer wieder auf umfassende strukturelle Reformen gedrängt haben, um Arbeitsmarktrigiditäten zu reduzieren – müssen vor diesem Hintergrund neu hinterfragt werden. (Bock-Schappelwein et al., 2009, S. 90)

Ein besonders interessanter Aspekt ist, dass sogar die Kosten für die Sozialpolitik die Arbeitsproduktivität erhöhen.

Die Sozialpolitik protegiert die Arbeitskraft, sichert deren Reproduktion, gewährleistet hierdurch ihre langfristige Verfügbarkeit und dient überdies als Anreiz für produktivitätsorientierte, arbeitskostensenkende Investitionen – nämlich gerade aufgrund der durch die Sozialpolitik verteuerten Arbeitskosten. (Schmidt, 2007, S. 413)

Dies bedeutet natürlich nicht, dass sich die Arbeitsmarktpolitik unabhängig von den Kosten immer positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Selbstverständlich bedarf es auch hier eines effizienten Einsatzes der Mittel. Nichtsdestotrotz wird gerne übersehen, dass die – wegen der Sozialpolitik erhöhten – Arbeitskosten ein wichtiger Mitgrund für die u. a. aufgrund der hohen Arbeitsproduktivität hervorragende Position der europäischen Wohlfahrtsstaaten im internationalen Wettbewerb sind.

#### **2.4.4 Wirtschaftswachstum durch soziale Dienstleistungen**

Neben dem die Produktivkraft steigernden Effekt sozialer Dienstleistungen dürfen auch die direkten Auswirkungen auf Wirtschaft, Beschäftigung und Inlandskonsum nicht übersehen werden. So sind allein in der Steiermark zurzeit 2.750 Personen (in Vollzeitäquivalenten) in der Behindertenbetreuung, 1.100 VZÄ in der Jugend- und Lernbetreuung und 3.550 VZÄ in der Pflege beschäftigt, tatsächlich (nach Köpfen) sind es über 13.500 Personen.<sup>13</sup> Wie viele Stellen in der Steiermark indirekt durch die Sozialpolitik gesichert werden, wurde leider noch nicht erhoben, genauso wenig wie der dadurch induzierte Inlandskonsum. Die Zahlen dürften allerdings beeindruckend sein. Verursachen doch die 10.000 (VZÄ) direkt oder indirekt in der Kinderbetreuung beschäftigten Personen in Wien eine Konsumnachfrage von 23 Mio. Euro, welche wiederum Folgekonsum von knapp 21. Mio. Euro induziert (Schneider et al., 2006). Ähnliche Resultate sind auch für die Steiermark zu erwarten. All dieses Geld fließt direkt in die lokale Wirtschaft und sichert so das Wirtschaftswachstum in der Region.

### **2.5 Politik, Gewerkschaften und Wirtschaftswachstum**

Gewerkschaften haben unterschiedliche Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, von denen auch noch nicht alle wissenschaftlich erfasst wurden. Laut Obinger (2007) sind hier insbesondere zwei Dinge von Bedeutung. Einerseits der Organisationsgrad der Gewerkschaft und dabei insbesondere die Stärke der Dachverbände und andererseits die politische Ausrichtung der aktuellen Regierung.

Starke und umfassende Organisation eröffnet den Gewerkschaften den Blick auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung jenseits einzelner Branchen und ermöglicht so die Implementierung von *collective gain strategies*. Gewerkschaften sind dann eher bereit, in wirtschaftlich sensiblen Zeiten das Gesamtwohl im Auge zu behalten und – so notwendig – Lohnzurückhaltung zu üben. Allerdings ist ein in diesem Sinne kooperatives Verhalten nur dann im Sinne der Gewerkschaften, wenn ihre Mitglieder an den so erreichten Profiten beteiligt werden. Beispielsweise durch – das Produktivitätswachstum widerspiegelnde – Lohnsteigerungen, sobald sich die Wirtschaft aufgrund des kooperativen Verhaltens wieder erholt. Hier kommt die politische Ausrichtung der Regierung zum Tragen, da eine Linksregierung eher bestrebt, ist die so erreichten Gewinne sozial gerecht zu verteilen (ibid.).

Hohe Wachstumsraten finden sich entweder in Ländern, die eine zwischen Linksparteien und starken Gewerkschaften koordinierte Wirtschaftspolitik verfolgen, oder in Staaten, in denen infolge einer bürgerlichen Hegemonie und schwacher Gewerkschaften Marktlösungen Vorfahrt haben. (ibid., S. 316)

---

<sup>13</sup> Quelle SDB, Mai 2010, ohne KAGES.

An dieser Stelle sei nur angeführt, dass Österreich über hervorragend organisierte gewerkschaftliche Dachverbände verfügt und von Wirtschaftswissenschaftlern bei internationalen Vergleichen gerne als Vorzeigeland dieser Kategorie angeführt wird (Zohlnhöfer, 2007).<sup>14</sup>

## 2.6 Wirtschaftswachstum und Verteilung

Das Zusammenspiel von Sozialpolitik und Verteilung wird in Kapitel 5 noch wesentlich genauer ausgeführt. An dieser Stelle soll nur auf die Zusammenhänge zwischen Einkommensverteilung und Wirtschaftswachstum eingegangen werden. Dabei gilt:

Eine egalitäre Verteilung hat positive Effekte auf die Anreize zur Arbeitsaufnahme und das Wirtschaftswachstum. (Bock-Schappelwein et al., 2009, S. 4)

Leider geht die Entwicklung in den Industrieländern eindeutig in Richtung höherer Ungleichverteilung der Einkommen, was auch vor Österreich nicht haltmacht (Guger et al., 2004; Guger et al., 2007). Dies wirkt dämpfend auf die Konsumnachfrage der privaten Haushalte und reduziert so das Wirtschaftswachstum. Der Grund dafür liegt in der Konsumquote, die von der Höhe des Realeinkommens abhängig ist. Das heißt, je geringer das Einkommen, desto höher ist der Anteil an selbigem, welches konsumiert – im Gegensatz zu gespart – wird.

So geben Haushalte aus dem untersten Einkommensdrittel in Österreich in der kurzen Frist 80% eines zusätzlichen Einkommens aus. Langfristig – inklusive Verschuldung und intergenerationellen Transfers – liegt die Konsumneigung des untersten Drittels sogar bei knapp 1,2 (Bock-Schappelwein et al., 2009).

Haushalte, die zum obersten Einkommensdrittel zählen, geben nur etwas mehr als 40% eines zusätzlichen Einkommens für Konsum aus. Auch langfristig beträgt ihre Konsumneigung nur 0,83 (ibid.). Es ist anzunehmen, dass eine genauere Aufschlüsselung der Einkommensklassen eine wesentlich höhere Diskrepanz zwischen Konsum- und Sparquote – zwischen dem reichsten und dem ärmsten Dezil beispielsweise – ergeben würde. „Eine Umverteilung von den unteren zu den oberen Einkommensschichten bewirkt deshalb einen Rückgang der Konsumnachfrage“ (ibid., S. 4).

Benabou (1996) hat anhand der Auswertungen mehrerer Studien zum Thema gezeigt, dass Einkommensungleichheit und Wirtschaftswachstum signifikant negativ korrelieren.

Zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen haben – wie in Kapitel 5 näher ausgeführt – eine Linderung der Einkommensungleichverteilung als Ziel. Wie Guger et al. (2009) zeigen, sind sie dabei auch relativ erfolgreich. Denn im Gegensatz zum österreichischen Steuersystem, welches aufgrund unterschiedlichster Ausnahmen und der großen Bedeutung konsumbezogener Steuern regressiv wirkt und somit die Ungleichheit der Einkommen sogar

---

<sup>14</sup> So hat Scharpf (1987) beispielsweise die wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die erste Ölkrise 1973 und deren Auswirkungen in Großbritannien, Deutschland, Österreich und Schweden verglichen. Seine Resultate belegen den bereits ausgeführten Zusammenhang. Während England an der Kooperation zwischen Politik und Gewerkschaften scheiterte und aus der Vergleichsgruppe die höchste Arbeitslosigkeit und Inflation hinnehmen musste, übten sich die österreichischen Gewerkschaften im Einklang mit der Regierung Kreisky in gesamtpolitischer Verantwortung. Und so konnte Österreich nicht nur mit der niedrigsten Arbeitslosenrate der Vergleichsgruppe (1,8%; Schweden 1,9%; Deutschland 3,2%; England 5%) aufwarten, sondern wies auch eine relativ niedrige Inflationsrate auf (6%), welche nur von Deutschland unterschritten wurde (4,8%; Schweden 10,6%; England 16%).

noch leicht verstärkt, hat die österreichische Sozialpolitik progressive Auswirkungen. In diesem Sinne stützt sie das Wirtschaftswachstum indirekt, da durch eine verbesserte Verteilungssituation die Konsumnachfrage angekurbelt und stabilisiert wird.

### **3. Sozialpolitik und Beschäftigung**

Vollbeschäftigung ist neben Wirtschaftswachstum ein weiteres prominentes Mitglied des magischen Vielecks der Wirtschaftspolitik. Beschäftigung – oder vielmehr das Fehlen einer solchen – ist auch gleichzeitig die direkteste Auswirkung erfolgreicher – bzw. erfolgloser – Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche die Mitglieder einer Gesellschaft am eigenen Leib verspüren.

Eine hohe Arbeitsmarktpartizipation der Bevölkerung stellt auf der Mikroebene nicht nur die effektivste Möglichkeit zur Reduktion von Armut dar [...], sondern erhöht auch die gesellschaftlichen und familiären Teilnahmekancen und trägt damit zur gesellschaftlichen Stabilität bei. (Bock-Schappelwein et al., 2009, S. 3)

Arbeitslosigkeit hingegen – insbesondere wenn sie länger andauernd oder besonders hoch ist – hat zahlreiche negative Auswirkungen, die auch jene betreffen, die in der glücklichen Position sind, über eine Beschäftigung zu verfügen. Gesellschaften mit extrem hoher Arbeitslosigkeit weisen Zerfallserscheinungen auf und neigen zur Radikalisierung, wie uns die große Depression in den 30ern des vorigen Jahrhunderts vor Augen geführt hat (Schmidt, 2007).

#### **3.1 Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf Mensch und Gesellschaft**

Arbeitslosigkeit macht unglücklich. Dies beruht nicht unbedingt auf dem damit einhergehenden Einkommensverlust, sondern vielmehr auf dem Verlust des sozialen Status. Dabei wirkt sich Arbeitslosigkeit nicht nur auf die direkt Betroffenen aus, sondern auch auf deren Umfeld. Sie reduziert Kreativität und Risikofreude – sowohl der direkt als auch der indirekt betroffenen Individuen – und hemmt so Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit einer Ökonomie (Schmid, 2009).

Arbeitslosigkeit macht krank. Es gilt mittlerweile als erwiesen, dass Arbeitslosigkeit krank macht und nicht umgekehrt, dass kranke Menschen eher arbeitslos werden. Dies trifft sowohl auf körperliche als auch auf psychische Gebrechen zu. Depression, Suchtanfälligkeit, Bluthochdruck, Herzinfarkt, ja sogar die Sterblichkeit liegt bei arbeitslosen Mitgliedern einer Gesellschaft signifikant höher als bei beschäftigten Personen einer Vergleichsgruppe. So ist die Wahrscheinlichkeit, depressiv zu werden, bei langzeitarbeitslosen Männern in Deutschland 3-4 mal so hoch wie im gesellschaftlichen Schnitt. Der Umkehrschluss ist berechtigt. Eine erfolgreiche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt wirkt sich signifikant positiv auf die Gesundheit der Betroffenen aus (ibid.).

Hohe Arbeitslosigkeit motiviert zu kriminellen Handlungen. Der bereits erwähnte Arbeitsökonom Freeman schätzt, dass die hohe Kriminalität in den USA jährliche Kosten in Höhe von 4% des BIP verursacht. Wobei nur die Hälfte davon direkt mit der Kriminalität verbundene Schäden sind, während die anderen 2% die Kosten für die Eindämmung und Verwaltung der Kriminalität widerspiegeln. Beunruhigend ist für Freeman (1996) dabei insbesondere, dass die strikte und kostenintensive Sanktionspolitik der USA – welche mit einer massiven Ausweitung der Haftinsassen einherging, sodass 1993 bereits 2% der Erwerbsbevölkerung der USA im Gefängnis saßen – keine nennenswerte Auswirkung auf die Kriminalität selbst hat. Diesen im internationalen Schnitt relativ hohen Ausgaben für das Einsperren großer Bevölkerungsteile von 2% des BIP stehen sehr geringe Aufwendungen von

0,6% des BIP für Arbeitsmarktpolitik gegenüber. Deutschland hingegen investiert im gleichen Zeitraum 3,5% seines BIPs in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Schmid, 2009).

Den Grund für die Sinnlosigkeit exzessiver Haftstrafen sieht Freeman (1996) in den ökonomischen Strukturen des US-amerikanischen Arbeitsmarkts. So blieben die realen Verdienstmöglichkeiten in der Kleinkriminalität im Laufe der 80er und 90er des vorigen Jahrhunderts relativ konstant bzw. stiegen leicht an. Im Gegensatz dazu sanken die realen Einstiegsgehälter für jugendliche Berufsanfänger im gleichen Zeitraum infolge der elitenfreundlichen Reagan Politik, um 20 bis 30 Prozent. Laut einer Umfrage stieg der Anteil der Jugendlichen in Boston die angaben, sie könnten mit Kleinkriminalität mehr verdienen als bei gewöhnlicher Arbeit, von 31% 1980 auf 63% 1989.<sup>15</sup>

Allerdings ziehen nur wenige Ökonomen [...] daraus den richtigen Schluss, dass nur Existenz sichernde Mindestgehälter oder Mindesteinkommen einer solchen Entwicklung Einhalt gebieten können. Das gilt nicht nur für die USA, sondern auch für Europa und für Deutschland insbesondere. (Schmid, 2009, S. 42)

Neben dieser augenscheinlich problematischen Anreizstruktur existiert noch ein weiterer Grund, weshalb junge Männer zur kriminellen Laufbahn tendieren: eine hohe Ungleichheit der Einkommensverteilung (Wilkinson et al., 2009). Kapitel 5.1.1 beleuchtet diesen Punkt eingehender.

## **3.2 Arbeitsmarktpolitik**

Arbeitsmarktpolitik wird eingeteilt in passive und aktive Arbeitsmarktpolitik. Bei Ersterer handelt es sich um politische Maßnahmen, welche Art und Umfang kompensatorischer Leistungen für Arbeitslosigkeit regeln. Bei Letzterer versucht der Staat aktiv das Arbeitsmarktgleichgewicht in Richtung eines höheren Beschäftigungsgrades zu beeinflussen.

### **3.2.1 Passive Arbeitsmarktpolitik**

Die passive Arbeitsmarktpolitik in einer weiten Definition besteht aus folgenden Instrumenten:

- Arbeitslosengeld bei vorübergehendem Verlust einer Beschäftigung.
- Notstandshilfe – bzw. in Österreich bald in Form einer bedarfsorientierten Mindestsicherung – bei Langzeitarbeitslosigkeit oder fehlendem Anspruch auf Arbeitslosengeld.
- Im Falle der Insolvenz des Arbeitgebers wird vom Insolvenzausgleichsfonds eine Auszahlung der ausstehenden Gehälter übernommen.
- Im Falle eines konjunkturellen Einbruchs wie bei der aktuellen Finanzkrise oder bei kurzfristigen Auslastungsproblemen kann die Politik Zuschüsse zur Kurzarbeit übernehmen.

Diese einzelnen Instrumente haben zahlreiche positive Auswirkungen und sind aus unseren modernen Volkswirtschaften nicht mehr wegzudenken.

---

<sup>15</sup> Mittlerweile sinkt die Kriminalität in den USA zwar wieder, aber wie Levitt et al. (2007) zeigen, liegt dies an der Legalisierung der Abtreibung in den USA und nicht an den massiven Ausgaben für Sanktionen.

Wie in Kapitel 2.3 beschrieben, ist das **Arbeitslosengeld** ein äußerst effektiv funktionierender Stabilisator des Konjunkturzyklus. Über seine Nachfragewirksamkeit reduziert er die Auswirkungen konjunktureller Schwankungen und sichert so ein gewisses Einkommensniveau in Österreich.

Weiters stärkt das Arbeitslosengeld die Arbeitsproduktivität und fördert so das Wirtschaftswachstum – wie in Kapitel 2.4.3 erwähnt. Dies führt zu einer wesentlich besseren Allokation des Arbeitskraftpotenzials. Die Arbeitnehmer können sich besser entfalten und sind produktiver (OECD, 2007).<sup>16</sup>

Eine dritte wichtige Auswirkung des Arbeitslosengeldes betrifft die Einkommensverteilung. Wie Guger et al. (2009) zeigen, wirkt sich das Arbeitslosengeld – im Gegensatz zum österreichischen Steuersystem – progressiv aus. Aufgrund der einkommensabhängigen Konsumneigung wandert dieses Geld direkt in den Inlandskonsum und stärkt so die eigene Wirtschaft. Weiters reduziert es die Armutsgefahr und fördert so den sozialen Zusammenhalt, wie Kapitel 4 zeigt.

**Notstandshilfe und Mindestsicherung**<sup>17</sup> funktionieren ähnlich wie das Arbeitslosengeld. Allerdings liegt ihr Schwerpunkt nicht so sehr in der Konjunkturstabilisierung, da die Nachfrage nach diesen Transferleistungen weniger antizyklisch erfolgt. Dafür spielen sie bei der Armutsvermeidung eine große Rolle, und die Transferleistungen fließen direkt in den Konsum, was der lokalen Wirtschaft zugutekommt (ibid.).

So, wie die Arbeitslosenversicherung eine Versicherung gegen finanzielle Einbußen bei vorübergehendem Jobverlust darstellt, handelt es sich beim **Insolvenzausgleichsfonds** um eine Versicherung gegen Einkommensverluste auf Arbeitnehmerseite durch Konkurs ihres Arbeitgebers. Einerseits haben Arbeitnehmer so die Sicherheit, ihren Lohn auch bei Insolvenz ihres Arbeitgebers zu bekommen, und können sich bis zum Ende auf das Wohl ihrer Firma konzentrieren, ohne dass sie aus finanziellen Gründen genötigt wären, das Boot beim ersten Anzeichen eines Sturmes zu verlassen. Andererseits profitieren vor allem finanziell weniger potente Unternehmer mit höherem Risiko davon, da sie ansonsten Schwierigkeiten haben könnten, die richtigen Arbeitskräfte zu finden.

Subventionierung von **Kurzarbeit** durch die Allgemeinheit ist ein politisches Mittel, um die Arbeitslosigkeit in Krisenzeiten zu reduzieren. Die Unternehmen können so ihre Belegschaft kostengünstig an sich binden und im Falle eines Aufschwunges schnell auf wieder anziehende Nachfrage reagieren. Trotz der – teilweise berechtigten – Kritik war die Kurzarbeit ein wertvolles Instrument, um die Arbeitslosigkeit während der aktuellen Finanzkrise in Österreich zu drücken. Gleichzeitig gab sie uns die Möglichkeit, schnell auf den aktuellen Aufschwung in Deutschland zu reagieren. So kommt es nicht von ungefähr, dass die niedrige Arbeitslosigkeit in Österreich zurzeit im EU-Spitzenfeld rangiert.

---

<sup>16</sup> Dieser Punkt gilt in Österreich beinahe ausschließlich für Höherqualifizierte. Gering qualifizierte Arbeitnehmer werden für gewöhnlich so schnell wie möglich weitervermittelt.

<sup>17</sup> Die Mindestsicherung ist auch gleichzeitig ein starkes Signal an die Arbeitgeber. Unter dieser – sehr niedrigen – Einkommensgrenze wird niemand mehr eine Beschäftigung annehmen.

### 3.2.2 Aktive Arbeitsmarktpolitik

Die aktive Arbeitsmarktpolitik zielt darauf, ab einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt herzustellen und die (Wieder-)Eingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt aktiv zu unterstützen. Prinzipiell verfügt ein Staat über zwei unterschiedliche Methoden, politisch auf das Arbeitsmarktgleichgewicht einzuwirken: entweder über eine Reduktion des Arbeitskräfteangebots oder über eine Ankurbelung der Nachfrage.

Eine Reduktion des Arbeitskräfteangebots hat wirtschaftlich vor allem dann Sinn, wenn damit eine Stärkung des Humankapitals erreicht wird. So kann es beispielsweise sehr vorteilhaft sein, Jugendliche aus dem Arbeitsmarkt zu nehmen und sie dafür besser auszubilden. Dagegen ist es für das Wirtschaftswachstum eher kontraproduktiv, gut ausgebildete ältere Arbeitnehmer in die Frühpension zu verfrachten, auch wenn auf diese Art und Weise eine numerische Reduktion der Arbeitslosigkeit erreicht wird. Weitere Möglichkeiten – die vor allem gerne von rechten Regierungen gewählt werden –, um das Arbeitskräfteangebot zu reduzieren, sind das Herausdrängen von Frauen und Ausländern aus dem Arbeitsmarkt – durch Fokus auf Haushaltsarbeit bzw. durch Abschiebung. Derartige Lösungen sind aber aufgrund der direkten (Frühpension, Kindergeld) und indirekten Kosten (reduziertes Wirtschaftswachstum, geringeres Steueraufkommen durch Rückgang der Erwerbstätigen) nur kurzfristig erfolgreich und stoßen in der langen Frist bald an ihre finanziellen Grenzen (Obinger, 2007).

Wesentlich erfolgreicher bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sind Regierungen daher, wenn sie sich auf die Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften konzentrieren. Auch hier gibt es wiederum die Wahl zwischen indirekter und direkter Intervention.

Beliebte indirekte Methoden zur Nachfragesteigerung sind:

- Förderung von Fortbildungen und Umschulungen
- Mobilitätsförderung
- Subventionierung von Beschäftigten

Geförderte **Fortbildungen und Umschulungen** von Arbeitslosen haben zwei unterschiedliche Auswirkungen auf eine Ökonomie. Einerseits soll so das Humankapital gestärkt werden. Andererseits sorgen Umschulungen für eine verbesserte Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten, indem Arbeitnehmer aus einem Sektor mit zu hohem Angebot umgeschult werden für einen Sektor mit Nachfrageüberhang. Da Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zumindest statistisch die Arbeitslosigkeit schnell senken, steht allerdings die Gefahr im Raum, dass die Politik – insbesondere im Vorfeld von Wahlen – dazu neigt, Arbeitslose einfach vorübergehend in Schulungen zu parken, um so eine kosmetische Senkung der Arbeitslosenquote zu erreichen. Derartige Zielsetzungen führen natürlich zu einem ineffizienten Einsatz der Mittel und reduzieren die Effektivität eines an sich guten Instruments der Arbeitsmarktpolitik. Empirische Untersuchungen haben aber gezeigt, dass – trotz aller berechtigten Kritik an diesem Instrument – Personen, die an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, eine signifikant höhere Chance haben, in den Arbeitsmarkt reintegriert zu werden, als Vergleichsgruppen ohne Fortbildung (Schmid, 2009).

Mit der **Mobilitätsförderung** – bei der beispielsweise Fahrtkostenzuschüsse gewährt werden – wird die Flexibilität der Arbeitnehmer gesteigert, um so räumliche Arbeitsmarktungleichgewichte zu reduzieren.

Die **Subventionierung von Beschäftigten** kann über unterschiedliche Wege erfolgen. Für gewöhnlich werden über Lohnzuschüsse oder ein Kombilohnmodell Teile der Lohnkosten für einen schwer zu vermittelnden Arbeitslosen übernommen. Beispielsweise wird so einem relativ teuren älteren Arbeitnehmer zu einer Anstellung verholfen und gleichzeitig einem Unternehmen kostengünstig Zugang zu einer hoch spezialisierten Arbeitskraft mit viel Arbeitserfahrung verschafft. So werden sowohl Arbeitslosigkeit gesenkt als auch Arbeitsproduktivität und Wirtschaftswachstum gestärkt. Optimalerweise laufen diese Zuschüsse nach einer gewissen Zeit aus, während die so geschaffene Stelle erhalten bleibt, da das Unternehmen die Produktivität seiner neuen „alten“ Arbeitskraft zu schätzen gelernt hat. Auf der kritischen Seite ist anzumerken, dass es auch bei diesem Ansatz leicht zu Mitnahmeeffekten kommt, da Arbeitgeber natürlich gerne jede mögliche Form von Zuschüssen in Anspruch nehmen, auch wenn die Anstellung ohne die Förderung vorgenommen worden wäre.

Eine weitere Form der Subventionierung von Beschäftigten – welche aber eher zur direkten Arbeitsnachfrageausweitung zählt – basiert auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf dem sogenannten zweiten Arbeitsmarkt. Dabei handelt es sich um vorübergehende Tätigkeiten von zumeist niedrig ausgebildeten Arbeitskräften. Diese werden dann entweder direkt bei den Kommunen oder bei Vereinen angestellt, um gemeinnützige Tätigkeiten zu verrichten. Auf diese Weise können verhältnismäßig viele Menschen relativ kostengünstig beschäftigt werden. Und da sie dabei meist in sozialen und kulturellen Bereichen tätig sind, verrichten sie für gewöhnlich Arbeiten, die für die Gesellschaft wichtig sind, jedoch aufgrund fehlender Profitmargen vom Markt nicht oder nur in Teilen bedient werden. Da auch hier ausschließlich Personen aus den untersten Einkommensschichten zum Zug kommen, fließen auch diese Ausgaben fast zu 100% in den Konsum, was wiederum die lokale Wirtschaft stärkt (Guger et al., 2009). Außerdem ist in den Vereinen – welche diese Tätigkeiten zumeist koordinieren – eine nicht unerhebliche Anzahl weiterer relativ schlecht bezahlter Arbeitnehmer tätig. Es ist also davon auszugehen, dass der Wirkungsgrad der so eingesetzten Gelder auf Arbeitslosigkeit und Konsumnachfrage relativ hoch ist.

### **3.2.3 Beschäftigungspolitik**

Eine weitere direkte Methode ist natürlich das Schaffen zusätzlicher Arbeitsstellen auf dem ersten Arbeitsmarkt durch staatliche Investitionen. Aber auch hier gibt es unterschiedlichste Bereiche und Methoden. Ein sehr vielversprechender Weg ist der skandinavische. Die skandinavischen Staaten haben ein relativ engmaschiges Netz sozialer Dienstleistungen aufgebaut, welche von Staatsbediensteten erbracht werden. Dies führt zu einer hervorragenden Versorgung der Bevölkerung, funktioniert relativ reibungslos und effizient und reduziert die Arbeitslosigkeit in erheblichem Ausmaß (Obinger, 2007).

Ein wesentlich weniger erfolgreicher Weg war derjenige der realsozialistischen Länder im ehemaligen Ostblock. Dieser glänzte zwar mit permanenter Vollbeschäftigung, doch diese wurde auf Kosten von Effizienz, Produktivität, Wirtschaftswachstum und Wohlstand erkaufte (Schmidt, 2004). Auch die ehemalige Verstaatlichte in Österreich war kein Hort der Effizienz (Obinger, 2007).

Aber auch der Weg der angelsächsischen Länder ist in dieser Hinsicht nur weniger erfolgreich. Zwar ist es gelungen, mit einer massiven Deregulierung des Dienstleistungssektors bei gleichzeitig niedriger Steuerlast eine große Masse an „neuen Selbstständigen“ zu fabrizieren, die zu sehr niedrigen Preisen soziale Dienstleistungen anbieten. Damit ist auch die Arbeitslosigkeit massiv gesunken (Obinger, 2007). Aber trotzdem handelt es sich beim Großteil der so tätigen Menschen um klassische *working poor*, denen es trotz mehrerer Tätigkeiten und sehr vieler Wochenarbeitsstunden nicht gelingt, ein Einkommen oberhalb der Armutsgrenze zu erwirtschaften. Dies wiederum wirkt sich negativ auf das Bildungsniveau ihrer Kinder aus und führt so zu einer Vererbung ihres sozialen Status. Letzteres zeigt sich auch an der zurückgehenden sozialen Mobilität in den USA. Der Amerikanische Traum ist tot. Die soziale Durchlässigkeit in den USA ist mittlerweile geringer als in Europa (Wilkinson et al., 2009).

Trotzdem ist natürlich auch die Förderung junger Dienstleistungsunternehmen ein erfolgreiches Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik. So zeigen staatlich geförderte Unternehmensgründungsprogramme recht gute Erfolgsquoten. Die Überlebenschancen auf dem freien Markt liegen bei geförderten Neugründungen signifikant höher als bei solchen ohne staatliche Starthilfe. Dies liegt am zielgruppenfokussierten Einsatz dieses Instruments, welches in erster Linie auf gut ausgebildete Personen mit geringer Arbeitslosenzeit abzielt. So handelt es sich bei diesem Instrument um ein erfolgreiches, allerdings nur bedingt einsetzbares Mittel (Bock-Schappelwein, 2009; Schmid, 2009).

### **3.3 Zusätzliche Beschäftigung durch Familien- und Carepolitik**

Familien- und Carepolitik bieten zahlreiche äußerst produktive Ansätze für aktive Arbeitsmarktpolitik, welche nicht nur die Beschäftigungssituation in Österreich stärken, sondern gleichzeitig auch Produktivität und Wirtschaftswachstum fördern.

Laut Altenecker et al. (2003) hätte eine Deckung der elterlichen Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen in Österreich zu Beginn dieses Jahrtausends knapp 13.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen – 2/3 Vollzeit, 1/3 Teilzeit. Das Arbeitskräfteangebot der so frei gewordenen Elternteile – in erster Linie Mütter – wäre dadurch um 25.000 Personen angestiegen – knapp die Hälfte davon hätte eine volle Anstellung angestrebt. Ein Anstieg von Beschäftigung und Arbeitskraftangebot bedeutet zwar nicht zwangsläufig einen Rückgang der Arbeitslosenquote – diese hängt davon ab, ob tatsächlich der Großteil der neuen Arbeitskräfte eine Stelle findet. Nichtsdestotrotz steigert eine derartige Maßnahme in jedem Fall Produktivkraft, Wirtschaftswachstum und Steueraufkommen. Dass dieses zusätzliche Steueraufkommen ausreicht, die gestiegenen Kosten für die Kinderbetreuung zu decken, ist zwar in der kurzen Frist eher auszuschließen, mittel- bis langfristig ist aufgrund des zusätzlichen Wirtschaftswachstums allerdings von einem Nettosteuerertrag auszugehen (Buxbaum et al., 2010). Dies auch aufgrund der Tatsache, dass Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen relativ geringe Entlohnungen erhalten, was sich in einer hohen Konsumquote äußert.<sup>18</sup> Die so geschaffenen 13.000 Stellen werden also ihr Einkommen größtenteils

---

<sup>18</sup> Wie in Kapitel 2.6 bereits ausführlich behandelt, korreliert die Konsumquote negativ mit dem Einkommen. Das heißt, je niedriger das Einkommen, desto höher der Anteil an Konsumausgaben und desto niedriger die Sparquote. Konsumiertes Einkommen kommt der österreichischen Wirtschaft direkt zugute. Gespartes Einkommen hingegen fließt in die Finanzmärkte und geht der realen Wirtschaft auf unabsehbare Zeit verloren.

konsumieren, was den Multiplikatoreffekt<sup>19</sup> einer derartigen Maßnahme stärkt und das Wirtschaftswachstum weiter antreibt.

Eine andere Herangehensweise haben Schneider et al. (2006) vom Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien gewählt. Sie analysierten nicht die theoretischen Auswirkungen für die Deckung der zusätzlichen Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen, sondern die Arbeitsplatzwirksamkeit bereits bestehender Kinderbetreuungseinrichtungen. So wurden 2004 direkt und indirekt über 10.000 Arbeitsplätze (in Vollzeitäquivalenten) allein in Wien durch institutionelle Kinderbetreuung gesichert.

Ohne die Existenz der Kinderbetreuungsinfrastruktur in Wien wäre unter der Annahme, dass es keine Abwanderung in die anderen Bundesländer gibt, die Arbeitslosenzahl um rund 6% höher gelegen, die Arbeitslosenquote um etwa 0,3 Prozentpunkte. (Bock-Schappelwein et al., 2009, S. 60)

Schneider et al. (2006) haben weiters versucht, die zusätzlichen Konsumausgaben aufgrund der Beschäftigung in der Kinderbetreuung in Wien zu quantifizieren. Diese summieren sich allein in der ersten Runde auf über 23 Mio. Euro. Der dadurch in den darauffolgenden Runden indirekt induzierte Konsum in Österreich beläuft sich auf weitere knapp 21 Mio. Euro. Es kann in diesem Kontext nicht oft genug betont werden, dass die Einkommensverteilung eine zentrale Rolle für den Inlandskonsum spielt. Die *Trickle Down*-Theorie der Reagan-Ära wurde schon lange – insbesondere aufgrund der prominenten Rolle der Finanzmärkte in unserer Welt – ins Reich der Mythen und Legenden verwiesen. Und da das durch Sozialpolitik generierte Einkommen in erster Linie den Menschen auf der Schattenseite der Ökonomie zukommt, fließt fast jeder Euro direkt in die österreichische Wirtschaft, wo er Wirtschaftswachstum verursacht und Folgeeinkommen induziert.<sup>20</sup>

In der Rechnung von Schneider et al. (2006) wird darauf verzichtet, die wirtschaftlichen Auswirkungen, die mit der Steigerung der Produktivkraft – aufgrund des frei gewordenen Arbeitskräftepotenzials – einhergehen, zu erheben. Aber auch diese dürften erheblich sein.

Ein wichtiger Aspekt in diesem Kontext ist das stark gestiegene Bildungsniveau von jungen Frauen. Dieses führt dazu, dass Haus- und Betreuungsarbeit für diese Frauen immer ineffizienter wird, da die Opportunitätskosten steigen. Eine Auslagerung der Kinderbetreuung steigert so Arbeitskraftallokation und gesamtwirtschaftliche Effizienz (Bock-Schappelwein et al., 2009).

---

<sup>19</sup> Dem Autor ist bewusst, dass der inländische Multiplikatoreffekt derartiger Maßnahmen aufgrund der starken außenwirtschaftlichen Verflechtung Österreichs mit der EU relativ gering ist. Da dies allerdings auch für sämtliche anderen EU-Länder gilt – während der Außenhandel mit Nicht-EU-Staaten, trotz Chinas Rolle in der Weltwirtschaft, eine noch immer relativ geringe Rolle spielt – kann sich heutzutage kein EU-Land von der europäischen Wirtschaftsleistung mehr abkoppeln. Und zusätzliches Wirtschaftswachstum innerhalb der EU kommt in der zweiten oder dritten Runde auch den anderen EU-Ländern zugute. Insbesondere solchen, die – wie Österreich – über hohe außenwirtschaftliche Verflechtungen verfügen.

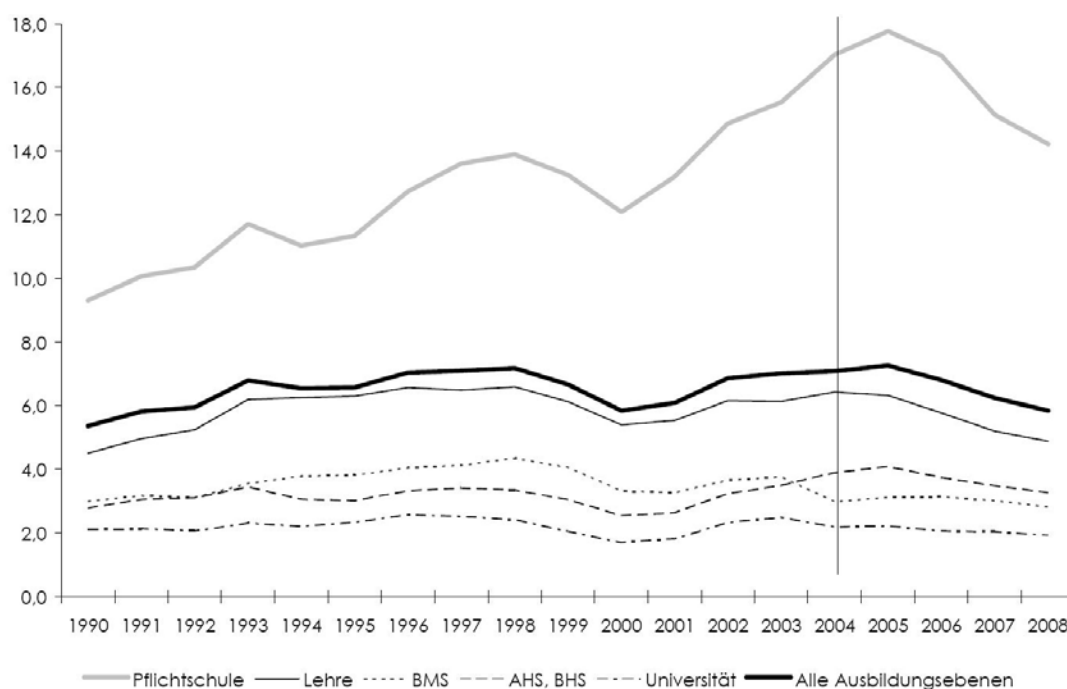
<sup>20</sup> Dem gegenüber steht beispielsweise die im internationalen Vergleich sehr großzügige Stiftungssteuer in Österreich. Die so dem Fiskus entgehenden Mittel fließen zum überwiegenden Teil in die internationalen Finanzmärkte und sind für die österreichische Wirtschaft auf unabsehbare Zeit verloren.

### 3.4 Bildung und Beschäftigung

In einer globalisierten Welt kann jede Tätigkeit, welche keine oder nur äußerst geringe Qualifizierung benötigt, schnell in sogenannte Billiglohnländer ausgelagert werden, in welchen die ArbeitnehmerInnen über keinerlei Möglichkeit verfügen, sich gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zur Wehr zu setzen. Da sich unsere Politik jeglicher Möglichkeit beraubt hat, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, bleibt den Arbeitskräften von morgen nur noch eine Möglichkeit, um sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten: Bildung.

Sämtliche statistische Daten aus Österreich – gesammelt vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (HSV), Arbeitsmarktservice (AMS) oder vom Mikrozensus (MZ) – belegen den Zusammenhang von Bildungsniveau und Arbeitslosigkeit. Seit den 1990er-Jahren sind gering qualifizierte Personen in Österreich nicht nur am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen, sondern ihre Arbeitslosigkeit stieg auch überdurchschnittlich stark an. Seit 1999 war die Arbeitslosenquote von Personen mit Pflichtschulabschluss mindestens doppelt so hoch wie die gesamte Arbeitslosenquote. 2008 lag sie mit 14% beim 2,4-Fachen der normalen Arbeitslosenquote. Im selben Jahr betrug die Arbeitslosenquote von AkademikerInnen 1,9%, von Personen mit allgemeinbildender oder berufsbildender mittlerer oder höherer Ausbildung 3% und von LehrabsolventInnen knapp 5% (Bock-Schappelwein, 2009). Abbildung 3 zeigt eine Darstellung dieser beeindruckenden Unterschiede.

**Abbildung 3: Arbeitslosenquoten in Österreich nach höchster abgeschlossener Ausbildung, 1990-2008**



Quelle (Daten und Darstellung): Bock-Schappelwein, 2009, S. 32  
(2004: Bruch der Datenreihe)

Es ist daher eine zentrale Aufgabe der Sozialpolitik, über unterstützende Maßnahmen und gezielte Transfers sicherzustellen, dass auch Kinder aus benachteiligten Schichten ihre Bildungschancen wahrnehmen können, um nicht die Verlierer von morgen zu sein.

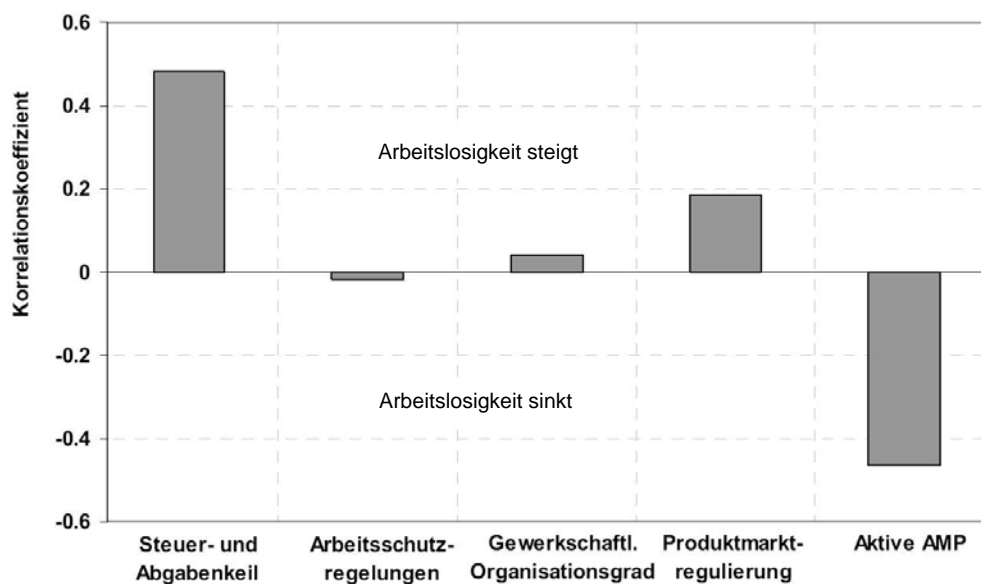
### 3.5 Neoliberale Märchen über den Arbeitsmarkt

Der Siegeszug neoliberaler Märchen und Mythen – die zumeist auf zweifelhaften neoklassischen Modellvorstellungen beruhen –, der im Laufe der letzten 30 Jahre über Politik und Gesellschaft hereingebrochen ist, hat bereits zahlreiche Blüten getragen. Die massiv zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen – die auch vor einem schützenden Hafen wie Österreich nicht haltmacht – ist nur ein Auswuchs dieser Entwicklung (Guger et al., 2004; Guger et al., 2007; Frick et al., 2008).

Ein sehr populäres Märchen, das oft von konservativen Kommentatoren und Politikern bemüht wird, ist, dass in erster Linie soziale Errungenschaften wie Arbeitnehmerschutz, Gewerkschaften und Kündigungsschutz an der zunehmenden Arbeitslosigkeit in den Industrieländern schuld seien. Auch aktive Arbeitsmarktpolitik sei zu verurteilen, da sie das (Steuer-)Geld, das sie kostet, nicht wert sei.

Die OECD – welcher nicht gerade der Ruf anhaftet, ein sozialdemokratischer *Thinktank* zu sein – hat in ihrem *Employment Report 2006* die Auswirkungen einzelner Faktoren auf die Arbeitslosigkeit untersucht. Das Resultat dieser Ergebnisse war, dass sich in erster Linie die hohen (arbeitsbezogenen) Steuern und Abgaben, gefolgt von Produktmarktregulierung, negativ auf die Arbeitslosigkeit auswirken. Aktive Arbeitsmarktpolitik hingegen reduziert die Arbeitslosigkeit signifikant (siehe Abbildung 4).

**Abbildung 4: Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote, ausgewählten Institutionen und Politikmaßnahmen in OECD-Ländern**



Quelle: OECD, 2006; Übersetzung: Schmid, 2009, S. 38

Gerade im Niedriglohnbereich stellen dabei die Sozialversicherungsbeiträge, die ab der Geringfügigkeitsgrenze in voller Höhe zu zahlen sind,<sup>21</sup> einen problematischen Faktor für die Arbeitsmarktintegration Geringqualifizierter dar (Bock-Schappelwein, 2009).

<sup>21</sup> Aufgrund der Höchstbeitragsgrundlage für die Sozialversicherung handelt es sich dabei sogar um eine regressive Abgabenform (Guger et al., 2009).

Demgegenüber verursachen „Kündigungsschutzgesetze und Arbeitslosenunterstützungen [...] entgegen der orthodoxen Theorie per se keine Arbeitslosigkeit“ (ibid., S. 89). Trotzdem durchgeführte Arbeitsmarktderegulierungsmaßnahmen – wie die Legalisierung des sogenannten Arbeitsstrichs in Deutschland – haben zwar für eine noch ungleichere Einkommensverteilung gesorgt, die Arbeitslosigkeit aber nicht reduziert.

Arbeitsmarktderegulierungsmaßnahmen haben zu keinen Änderungen der Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern geführt. (ibid.)

Auch die OECD kommt in ihrem *Employment Outlook 2007* zu dem Schluss, dass bereits durchgeführte Deregulierungsmaßnahmen in den laut der traditionellen Theorie beschäftigungsfeindlichen Bereichen – wie Arbeitslosenunterstützung, Kündigungsschutz oder Lohnverhandlungssystemen – keinerlei signifikante Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit in OECD-Staaten haben. Dasselbe gilt für die Produktivitätsentwicklung. So weisen die Staaten mit hohem sozialem Schutz gleiche Produktivitätsentwicklungen auf wie liberalere Ökonomien (OECD, 2007; Bock-Schappelwein et al., 2009).

## 4. Soziale Stabilität und Armutsbekämpfung

Für die Lebensqualität in einer Gesellschaft besonders wertvolle Faktoren sind soziale Stabilität und Armutsbekämpfung. Gerade aus historischen Gründen haben diese beiden Elemente einen hohen Stellenwert in Mitteleuropa. In den USA hingegen spielt die Eigenverantwortung des Einzelnen für das eigene Elend im gesellschaftlichen Verständnis eine viel größere Rolle. Dies führt dazu, dass die beeindruckende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in den USA – welche mit einer Verelendung, Ghettoisierung und Inhaftierung breiter Massen einhergeht – vom Großteil der Bevölkerung scheinbar widerspruchslos akzeptiert wird. Auch Frankreich hat infolge seiner absolutistischen Geschichte eine abgehobene Elitenherrschaft akzeptiert, welche sich (auch) in der Abkapselung und Verelendung der Banlieues äußert (Hartmann, 2007).

Abgesehen vom ethisch-moralischen Standpunkt gibt es aber auch wichtige ökonomische Gründe, die dagegen sprechen, Teile der eigenen Bevölkerung aus der Gesellschaft auszuschließen und dem Elend zu überantworten. Wie in Kapitel 3.1 und 5.1.1 ausgeführt, sind die Verwaltungskosten – Gefängnisse etc. – derartiger Gesellschaften relativ hoch und unproduktiv (Freeman, 1996). Hinzu kommt, dass Faktoren wie Sicherheit und Lebensqualität im internationalen Wettbewerb große Standortvorteile für Unternehmensansiedelungen darstellen. Nicht nur niedrige Steuern locken internationale Investitionen an. Ein Manager wird seine Familie kaum mitnehmen wollen, wenn ihm die neue Heimatstadt nicht ein gewisses Maß an Sicherheit und Lebensqualität bieten kann. Gerade bei der Schlacht um Talente sind dies unentbehrliche *Assets*. Und Österreich hat diesbezüglich einen ausgezeichneten Ruf.

### 4.1 Einkommensumverteilung durch Sozialpolitik

Es ist ureigenste Aufgabe der Sozialpolitik, für soziale Stabilität in einer Gesellschaft zu sorgen, um Armut und Elend so weit wie möglich zu reduzieren. Und wie die einschlägige Wissenschaft zeigt, leistet Österreich hier ausgezeichnete Arbeit. So reduziert sich beispielsweise die Einkommensungleichheit nach Einbeziehung der staatlichen Transfers beachtlich. Tabelle 1 gibt eine Übersicht über die Verteilung der Einkommen vor (Primär-) und nach Einbeziehung von Steuern und Transferleistungen (Sekundärverteilung).

**Tabelle 1: Anteile am Gesamteinkommen vor und nach staatlicher Umverteilung**

	<b>Primärverteilung</b>	<b>Sekundärverteilung</b>
<b>1. Drittel</b>	14%	23%
<b>2. Drittel</b>	29%	30%
<b>3. Drittel</b>	57%	47%

Quelle: Guger, 2010

So erhöht sich der Anteil des untersten Drittels der Einkommensbezieher durch staatliche Transferleistungen von 14% auf 23% des Volkseinkommens, was einem Zuwachs von 60% entspricht. Der Anteil des obersten Drittels am Volkseinkommen reduziert sich hingegen von 57% auf 47% (Guger, 2010). Dies liegt allerdings nicht so sehr am Steuerwesen – das Steuer-

und Abgabensystem in Österreich ist nur scheinprogressiv (Guger et al., 2009) –, sondern vielmehr an der Treffsicherheit der sozialen Transferleistungen.

Noch beeindruckender werden diese Zahlen, wenn die Einkommensbezieher nicht in Drittel, sondern in Dezilen betrachtet werden. So steigt das Einkommen der ärmsten 10% durch die staatlichen Transfers um 190%. Die reichsten 10% hingegen büßen durch die staatliche Umverteilung 30% ihres Einkommens ein.<sup>22</sup>

Wenn in Österreich etwas gegen die Treffsicherheit der Sozialtransfers angeführt werden kann, dann, dass im Vergleich mit den alten EU-15 in keinem anderen Staat das reichste Dezil einen ähnlich hohen Einkommensanteil an Sozialtransfers erwirtschaftet wie in Österreich. Und nur in Italien und Griechenland liegt der Anteil an Sozialtransfer am Einkommen des untersten Dezils niedriger (Bock-Schappelwein et al., 2009).

## 4.2 Gesundheit und Sozialstaat

Aber auch in einem anderen Bereich – welcher der Sozialpolitik für gewöhnlich nicht zugeschrieben wird – macht der österreichische Sozialstaat ein gutes Bild: in Sachen Effizienz. Und dies ausgerechnet im Gesundheitssektor!

Es hat sich gezeigt, dass insbesondere im Gesundheitsbereich private Lösungen zumeist nur zu höheren Kosten führen, während sowohl Qualität als auch Effizienz unter dem – bei privaten Lösungen dominierendem – Profitzwang leiden. Die Gründe dafür sind vielfältiger Natur (Schmalzer et al., 2007):

- Asymmetrische Information und das Prinzipal-Agent-Problem im Gesundheitswesen führen – bei Profitmaximierung – zu einer künstlichen Erhöhung der Nachfrage. Der Patient als Prinzipal beauftragt den Arzt als Agenten dazu, Gesundheitsleistungen zu erbringen. Dem Patienten fehlen jedoch die medizinischen Kenntnisse, um Qualität, Umfang und Leistung zu überprüfen. Der Arzt kann diese asymmetrische Information nutzen, um zusätzliche Nachfrage zu erzeugen (Neudeck, 2002; Schulz-Nieswand et al., 2003).
- Der Optionsgutcharakter von Gesundheitsleistungen steht im Widerspruch zu den marktüblichen Steuerungsmechanismen. Gesundheitsleistungen mit Optionsgutcharakter können nicht geplant werden. Aufgrund der Unplanbarkeit der Nachfrage ist eine Abstimmung des Angebots auf die Nachfrage im Voraus nur bedingt möglich. Der Zwang zur Kostenreduktion im freien Wettbewerb führt damit tendenziell zu einer Unterversorgung in Notfallsituationen (Breyer et al., 1999).
- Private Anbieter fokussieren ihr Angebot auf die besonders lukrativen Sektoren. Dies hat zur Folge, dass wichtige – aber weniger profitträchtige – Gesundheitsbereiche nicht ausreichend versorgt werden. Vergleichbare Entwicklungen sind in der Pharmaindustrie zu beobachten. Dort konzentriert sich die Forschung auf die

---

<sup>22</sup> Da diese Rechnung nur Erwerbseinkommen beinhaltet, vermögensbezogene Einkommen allerdings erheblich niedriger besteuert sind und zusätzlich Menschen der oberen Einkommenschichten für gewöhnlich über ein höheres Vermögen verfügen als solche aus unteren Schichten, ist davon auszugehen, dass der tatsächliche Einkommensverlust des reichsten Dezils wesentlich geringer ist. Wobei natürlich auch innerhalb des reichsten Dezils selbst sehr große Unterschiede zu beobachten sind. Allgemein gilt: je höher das Einkommen, desto höher die Wahrscheinlichkeit vermögensbezogener Einkünfte und – ab einer gewissen Einkommenshöhe – desto niedriger die durchschnittliche Steuerbelastung.

Behandlung profitträchtiger chronischer Zivilisationskrankheiten, während die Forschung hinsichtlich wesentlich problematischerer Infektionskrankheiten – aufgrund des geringen Profitpotenzials der Gesundheitsmärkte in den Entwicklungsländern – stagniert.<sup>23</sup>

- Bei privatwirtschaftlichen Lösungen kann es aus wirtschaftlichen Gründen zu Verweigerung und Verschiebung von Behandlungen kommen. Damit ist eine qualitativ hochwertige, für alle Patienten gleiche Behandlung nicht mehr gewährleistet (Schulz-Nieswand et al., 2003).
- Vor allem für Spitäler gilt, dass – gesamtwirtschaftlich ineffiziente – kurzfristige Entlassungen und Wiederaufnahmen von Patienten privatwirtschaftlich Sinn haben, weil durch die Aufspaltung der Behandlung in mehrere Abschnitte höhere Vergütungen erzielt werden (ibid.).
- Aufgrund des steigenden Kostendrucks ist davon auszugehen, dass es bei privaten Gesundheitsleistungen zu einer Verschlechterung der Qualität in der Gesundheitsversorgung kommt, da suboptimale Verfahren oder Materialien eingesetzt werden, um damit niedrigere Kosten – und vice versa höhere Gewinne – erzielen zu können (ibid.).
- Rationierungen durch den Markt treffen in erster Linie sozial schwache Gesellschaftsschichten. In den USA werden teure Operationen in vielen Fällen nur noch bei einkommensstarken Patienten durchgeführt (Reisner et al., 2006).
- Aber auch die Auswirkungen auf die Beschäftigung sind nicht außer Acht zu lassen. So kam es aufgrund des Kostendrucks infolge der Privatisierung der Gesundheitsversorgung in England zu einem Rückgang der Arbeitskräfte im Gesundheitssektor (Gaffney et al., 1999).

Trotz einer hohen Produktivität in der Behandlung und eines damit verbundenen geringen Ressourceneinsatzes haben die USA die höchsten relativen Gesundheitsausgaben der Welt. Durch das Fehlen einer verpflichtenden staatlichen Krankenversicherung sind etwa 20% der Bevölkerung in den USA nicht versichert, wobei Obamas Gesundheitsreform gerade versucht, diesen Umstand zu ändern. Damit ist die nicht versicherte Bevölkerung zu einem großen Teil medizinisch unterversorgt, während sich private Versicherungen und Pharmakonzerne ein goldenes Näschen verdienen (Börsch-Supan, 2004). In England führte die Privatisierung der Gesundheitsversorgung zu einem Rückgang von medizinischen Leistungen und einer Reduktion des Personals. Vor allem ältere Menschen aus sozial schwachen Schichten erhalten aus Kostengründen oft keine adäquate Gesundheitsversorgung (Gaffney et al., 1999).

Ganz allgemein hat sich gezeigt, dass die liberaleren OECD-Staaten ein wesentlich teureres und zugleich ineffizienteres Gesundheitssystem haben als der OECD-Schnitt (Siegel, 2007). Bei aller – teils berechtigten – Kritik an Doppelgleisigkeiten und Ineffizienzen im österreichischen Gesundheitswesen darf demnach nicht übersehen werden, dass wir damit eine relativ kostengünstige Versorgung aller – auch der sozial schwachen – ÖsterreicherInnen mit hochwertiger medizinischer Versorgung gewährleisten. Ein Standard, der in vielen anderen Industrieländern nicht erreicht wird.

Laut Statistik Austria (2008) reduzieren die öffentlichen Gesundheitsausgaben die Armutsgefährdungsquote in Österreich um ca. 2%.

---

<sup>23</sup> Vgl.: <http://kaernten.orf.at/stories/391530>.

### 4.3 Armutsbekämpfung durch Sozialtransfers

Die Daten des EU-SILC zeigen deutlich, dass sozialpolitische Transfers die Armutsgefährdung drastisch reduzieren. (Bock-Schappelwein et al., 2009, S. 4)

Inklusive Pensionen bezieht der durchschnittliche österreichische Haushalt 36% seines Einkommens aus Leistungen der öffentlichen Hand. Der Großteil dieser Leistungen (21%) besteht aus Pensionszahlungen. Inklusive Pensionen beziehen armutsgefährdete Haushalte 60% ihres Haushaltseinkommens vom Staat bzw. von ihm zugeordneten Körperschaften. Aber auch ohne Pensionen beträgt der Anteil staatlicher Leistungen am Haushaltseinkommen armutsgefährdeter Personen 36% – im Gegensatz zu 13% bei nicht armutsgefährdeten Haushalten. Sozialleistungen spielen demnach eine äußerst prominente Rolle bei der Armutsbekämpfung (Statistik Austria, 2008).<sup>24</sup>

Ohne Sozialtransfers wäre die Armutsgefährdungsquote mit rund 25% doppelt so hoch [...]. Berücksichtigt man zusätzlich die Pensionen, läge die Armutsgefährdung bei 43%. (Bock-Schappelwein et al., 2009, S. 17)

Das selbe gilt für die Arbeitslosenversicherung. Auch hier sind hohe soziale Treffsicherheit und eine beachtliche Armutsreduktion zu beobachten. Über 75% des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe kommen dem untersten Einkommensdrittel zugute. Die Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit kurzzeitarbeitslosen Personen sinkt durch die Transferleistungen von 15% auf 9%, jene von Langzeitarbeitslosen von 67% auf 40% (Statistik Austria, 2008).

Die soziale Treffsicherheit der Sozialhilfe liegt sogar noch über dieser Latte. 70% der Haushalte, die Sozialhilfe beziehen, sind Teil des untersten Einkommenszehntels. Diese stellt ungefähr ein Drittel des Einkommens der Bezieher dar.

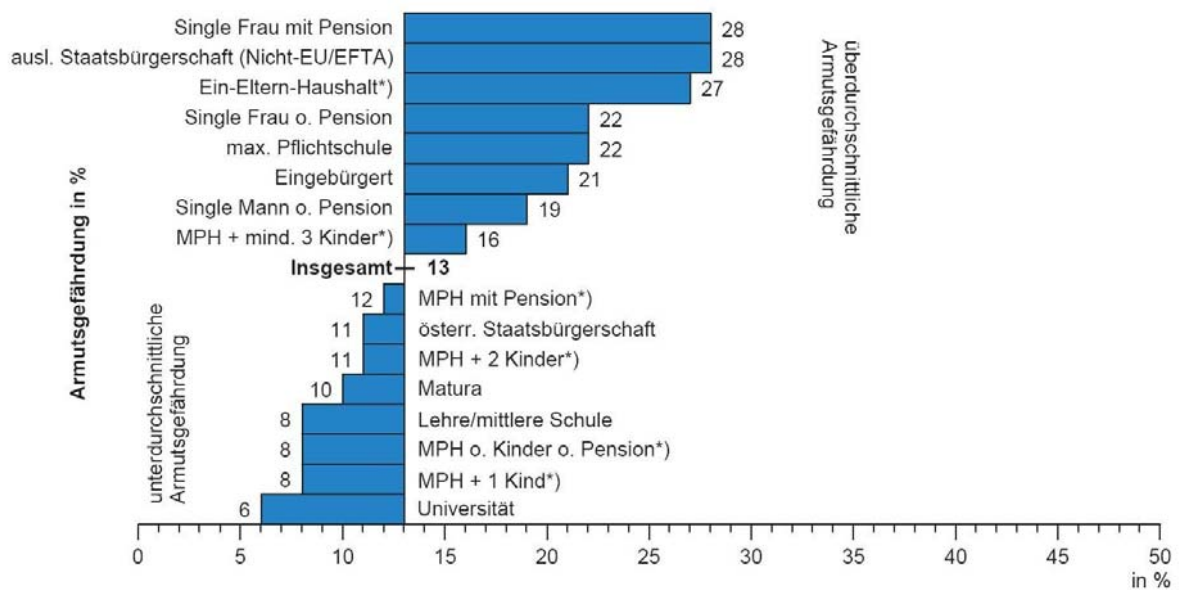
#### 4.3.1 Sozialpolitik und soziale Vererbung

Auch wenn sozialpolitische Transfers oft nur eine Form der Armutsverwaltung darstellen, so hat sie doch ungleich viel positivere Nebeneffekte als der US-amerikanische Weg der Armutsverwaltung – das Wegsperrn. Abgesehen von den gesamtwirtschaftlichen Effekten wie Nachfragestützung, welche bereits in den Kapiteln 2.3 und 2.6 ausführlich betrachtet wurden, spielt hierbei die soziale Vererbung eine besondere Rolle. Auch wenn Unterschichtseltern selbst – trotz Sozialhilfe – kaum Aufstiegschancen haben, so haben doch ihre Kinder aufgrund der Sozialpolitik wesentlich bessere Karten. Der Grund dafür liegt im Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Armut. Bildung ist – nach reichen Eltern, aber diese Option haben Unterschichtskinder für gewöhnlich nicht – die beste Methode, um sich aus der Armut zu befreien. Abbildung 5 gibt einen Überblick über die relevanten demografischen Faktoren bezüglich Armutsgefährdung.

---

<sup>24</sup> Nur Bauern beziehen in Österreich einen höheren Teil ihres Einkommens aus Mitteln der öffentlichen Hand: 65% (Lebensministerium, 2009).

**Abbildung 5: Armutsgefährdung nach soziodemografischen Merkmalen**



Quelle (Daten und Darstellung): Statistik Austria, 2008, S. 33

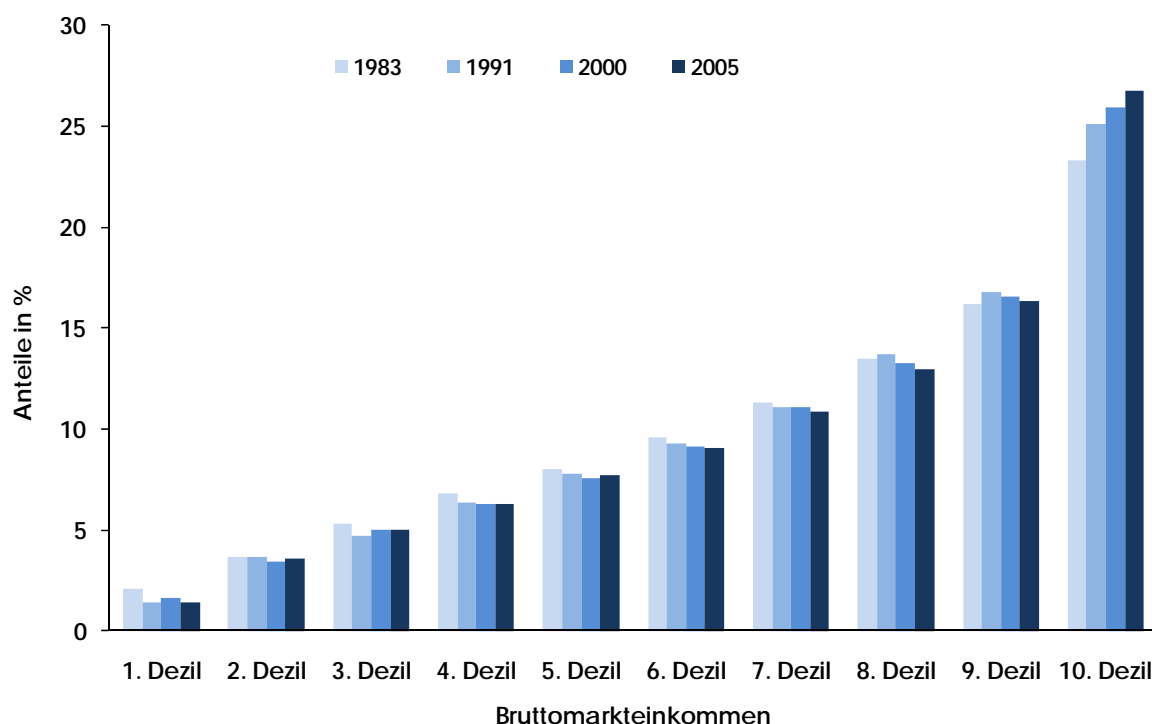
Es hat sich allerdings gezeigt, dass Sachleistungen – in Form von Kindergärten, Schulen, Lernbegleitung etc. – einen wesentlich höheren Wirkungsgrad aufweisen als simple Geldtransfers (Bock-Schappelwein et al., 2009).

Ein positiver Nebeneffekt frühkindlicher Bildungsförderung ist der relativ schnelle Ertrag aus derartigen Investitionen. In nur 15 Jahren zeigen sich bereits direkte positive Effekte auf die Produktivkraft einer Volkswirtschaft (ibid.).

## 5. Verbesserung der Verteilungssituation

Die Verteilung der Einkommen in den Industrieländern wird seit den 80ern des letzten Jahrhunderts immer ungleicher. Speziell seit Mitte der 90er hat sich diese Entwicklung rapide beschleunigt, und auch wenn Österreich noch weit von der Einkommensungleichheit der angelsächsischen Länder entfernt ist, so beschleunigt sich die Ungleichverteilung auch bei uns (Guger et al., 2004; Guger et al., 2007). So wie es aussieht, handelt es sich hierbei um keine vorübergehende Entwicklung, sondern um eine bleibende, welche sich auch in Zukunft verschärfen wird (Frick et al.; 2008). Abbildung 6 vergleicht die Anteile der einzelnen Dezile am Bruttomarkteinkommen in Österreich in den Jahren 1983, 1991, 2000 und 2005.

**Abbildung 6: Veränderung der Einkommensverteilung in Österreich, 1983-2005**



Quelle (Daten und Darstellung): Guger, 2010

Diese Entwicklung ist auch an der Veränderung des Gini-Koeffizienten ablesbar, wie Tabelle 2 zeigt.

**Tabelle 2: Entwicklung des Gini-Koeffizienten in Österreich 1983-2005**

	1983	1991	2000	2005
<b>Gini-Koeffizient</b>	0,25	0,281	0,294	0,313

Quelle: Bock-Schappelwein, 2009

Dabei gilt, dass die zunehmende Ungleichverteilung sowohl auf personeller als auch auf Haushaltsebene zu beobachten ist, wie Tabelle 3 zeigt.

**Tabelle 3: Vergleich Einkommensanteile 1983-2005**

Anteil am Bruttomarkteinkommen (Unselbstständige)	1983	2005
Haushalte des untersten Dezils	4,6%	2,9%
Haushalte des obersten Dezils	20,3%	24,5%
Haushalte der unteren Hälfte	32,2%	28,2%
Personen des untersten Dezils (ohne Pensionisten)	3,3%	2,2%
Personen des obersten Dezils (ohne Pensionisten)	21,8%	24,8%
Personen der unteren Hälfte (ohne Pensionisten)	30,9%	28,2%

Quelle: Bock-Schappelwein, 2009.

Auch wenn diese Entwicklung bis jetzt – zumindest in Österreich – den gesellschaftlichen Zusammenhalt noch nicht ernsthaft infrage stellen mag, so gibt es doch keinerlei Anzeichen dafür, dass sie sich verlangsamen würde. Eher das Gegenteil ist der Fall: sie beschleunigt sich mit teilweise beängstigenden Auswirkungen, wie Kapitel 5.1 zeigt.

Dass ein hohes Einkommen für gewöhnlich die erfolgreichste Methode darstellt, ein hohes Vermögen zu erwirtschaften, liegt auf der Hand. Die Empirie zeigt allerdings, dass Vermögen allgemein noch wesentlich ungleicher verteilt ist als Einkommen (Frick et al., 2007; Fessler et al., 2008). Dies liegt vor allem an der Tatsache, dass der überwiegende Großteil des Geldadels auf Erbschaften beruht und sich die reiche Elite selbst reproduziert (Hartmann, 2007).

## **5.1 Auswirkungen von Ungleichheit**

Wilkinson et al. (2009) haben zahlreiche Studien hinsichtlich des Zusammenhanges zwischen Einkommensungleichheit und sozialen Problemen analysiert. Die Ergebnisse waren eindeutig: Sämtliche untersuchten Probleme – Drogenkonsum, Gewalt, Kriminalität, Gesundheit, Lebenserwartung, Fettleibigkeit, schulische Leistungen etc. – standen in signifikanter Korrelation zur Einkommensverteilung. Je ungleicher das Einkommen verteilt ist, desto größer sind besagte Probleme in einer Gesellschaft. Diese Zusammenhänge bestehen sowohl zwischen den einzelnen OECD-Staaten als auch zwischen den einzelnen Bundesstaaten in den USA. Auch hier ist eine eindeutige Korrelation zwischen Einkommensverteilung und sozialen Problemen vorhanden.

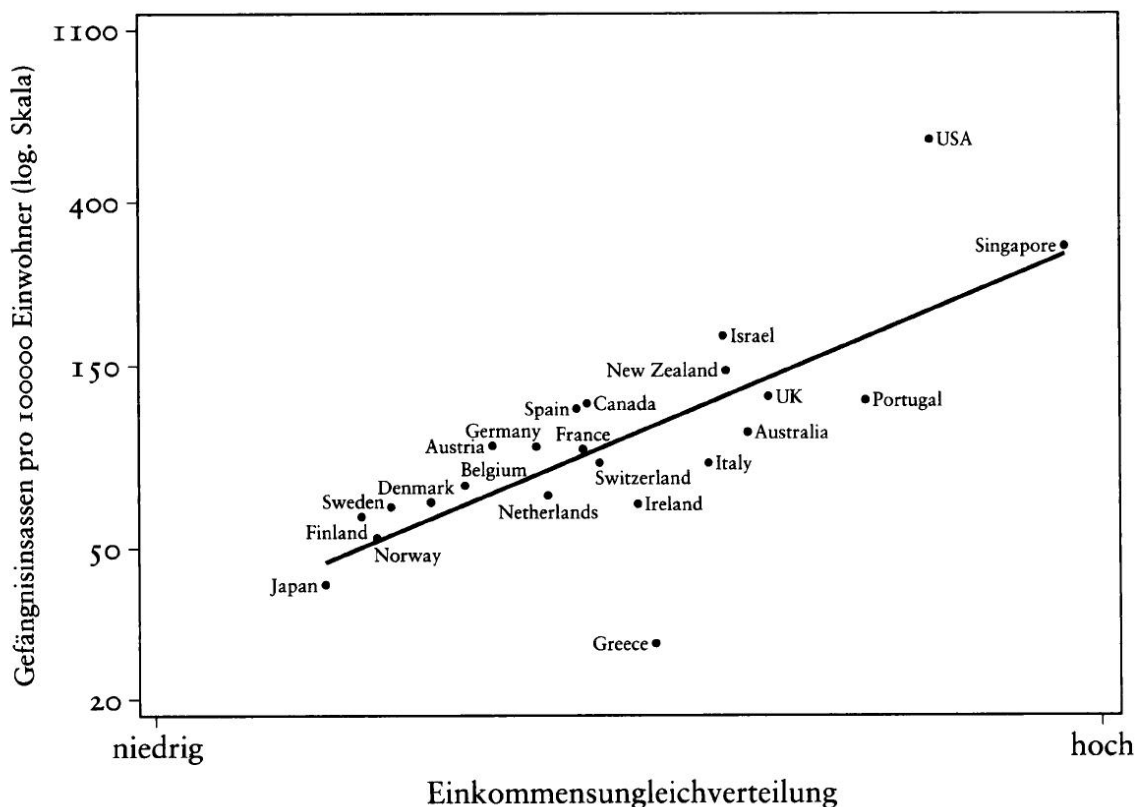
Das Industrieland mit besonders ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung sind die USA. Aber auch Portugal, Großbritannien, Australien oder Italien weist eine hohe Ungleichheit auf. Auf der anderen Seite belegen Japan – aber natürlich auch die skandinavischen Länder Finnland, Norwegen, Schweden und Dänemark – Spitzenplätze. Aber auch Österreich weist im internationalen Vergleich eine relativ ausgewogene Einkommensverteilung auf, auch wenn sich dies rasch verschlechtert.

Im Folgenden, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ein paar Beispiele bezüglich der Probleme die sich aufgrund ungleicher Einkommensverteilung ergeben.

### 5.1.1 Je ungleicher das Einkommen, desto mehr Gefängnisaufenthalte

Wie bereits aufgeführt, wenden die USA ca. 2% ihres BIPs für das Inhaftieren großer Bevölkerungsteile auf (Freeman, 1996). Dies liegt auch daran, dass sich die Zahl der Häftlinge in den USA in den letzten 30 Jahren vervielfacht hat. Saßen 1978 beispielsweise „nur“ 450.000 Menschen in den USA im Gefängnis, waren es 2007 bereits mehr als 2 Mio. Auch in Großbritannien hat sich die Zahl der Häftlinge zwischen 1990 und 2007 fast verdoppelt. Andere Länder – wie Schweden, Finnland, Japan und Österreich – weisen für denselben Zeitraum relativ konstante Häftlingszahlen auf. Abbildung 7 zeigt, dass die Anzahl der Gefängnisinsassen positiv mit der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen korreliert (Wilkinson et al., 2009).

Abbildung 7: Gefängnisinsassen und Ungleichverteilung



Quelle (Daten und Darstellung): Wilkinson et al., 2009, S. 173

Der Grund dafür liegt nicht nur darin, dass Kinder der Unterschicht in den Ländern mit besonders hoher Ungleichheit entweder ganz vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden oder aber kein legales Einkommen über dem Subsistenzniveau erzielen können und somit faktisch zum Leben auf der Straße gezwungen werden (Freeman, 1996). Es hat sich auch gezeigt, dass Staaten mit besonders hoher Ungleichheit im Allgemeinen strengere Strafen verhängen. Auch innerhalb der USA gilt: Die Staaten mit besonders hoher Ungleichheit neigen eher zur Todesstrafe (Wilkinson et al., 2009).

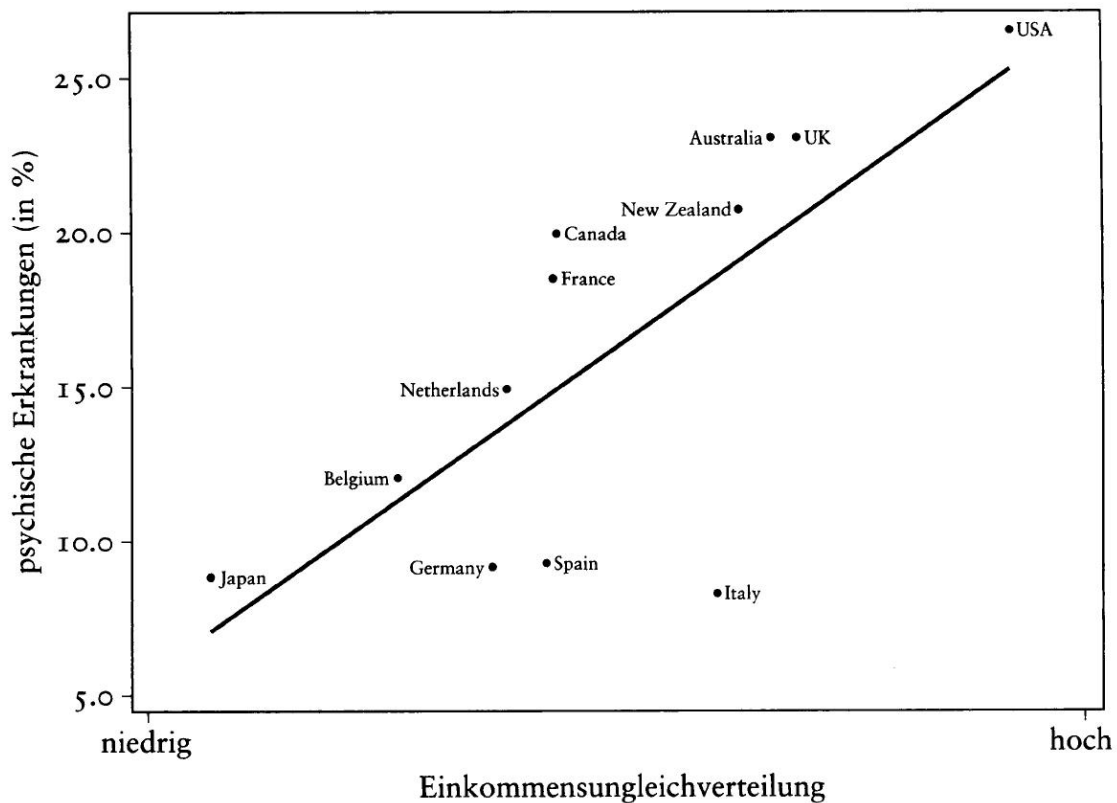
Während in den auf sozialen Ausgleich bedachten sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten die Reintegration straffällig gewordener Individuen im Vordergrund steht, dominieren in den archaischeren Ländern die Gedanken an Strafe und Rache. Dies äußert sich auch bei der Behandlung der Gefangenen. Menschenrechtsorganisationen haben immer wieder den Umgang mit den Häftlingen in US-Strafanstalten verurteilt. Kritisiert werden dabei vor allem Praktiken wie das Einliefern von Kindern in Gefängnisse für Erwachsene verbunden mit der hohen Rate an sexuellen Übergriffen in ebendiesen Gefängnissen. Aber auch die Praxis, weibliche Gefangene sogar während der Geburt eines Kindes in Fesseln zu halten, gilt als fragwürdig und übertrieben (ibid.). Leider sind aber auch bei uns in Österreich vermehrt Rufe nach *Law and Order* zu vernehmen, die sicher nicht unabhängig von der zunehmenden Ungleichverteilung der Einkommen zu betrachten sind.

Eine eindeutige Korrelation besteht auch in der Hinsicht, dass Staaten, in denen mehr Menschen im Gefängnis sitzen, weniger Geld für Sozialfürsorge ausgeben. Dies gilt sowohl für die einzelnen US-Bundesstaaten als auch für die unterschiedlichen OECD-Staaten. Dieses Phänomen der Verschärfung der Strafjustiz und Verkürzung der Sozialhilfe zeigt sich in den Ländern mit ungleicher Einkommensverteilung immer deutlicher. Dasselbe gilt für die Anzahl an Polizisten. Schweden beispielsweise beschäftigt 181 Polizisten pro 100.000 Einwohner, Portugal 450 (ibid.).

### **5.1.2 Gesundheit und Einkommensverteilung**

Wie Wilkinson et al. (2009) zeigen, korrelieren auch Gesundheit und Einkommensverteilung stark miteinander. Besonders interessant ist dabei, dass das Durchschnittseinkommen in den Industrieländern keinen eindeutigen Einfluss auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung hat, wohingegen die Verteilung der Einkommen eine sehr große Rolle spielt. Dies trifft auch auf den Anteil der psychisch Erkrankten an der Gemeinschaft zu (Abbildung 8). Da das Selbstwertgefühl bei psychischen Erkrankungen eine besonders große Rolle spielt und ein – im Verhältnis zu seinen Mitbürgern – wesentlich geringeres Einkommen dem Selbstwertgefühl in unserer ökonomisierten Welt nicht gerade zuträglich ist, ergibt sich auch hier eine eindeutige Korrelation.

**Abbildung 8: Psychische Erkrankungen und Ungleichverteilung**

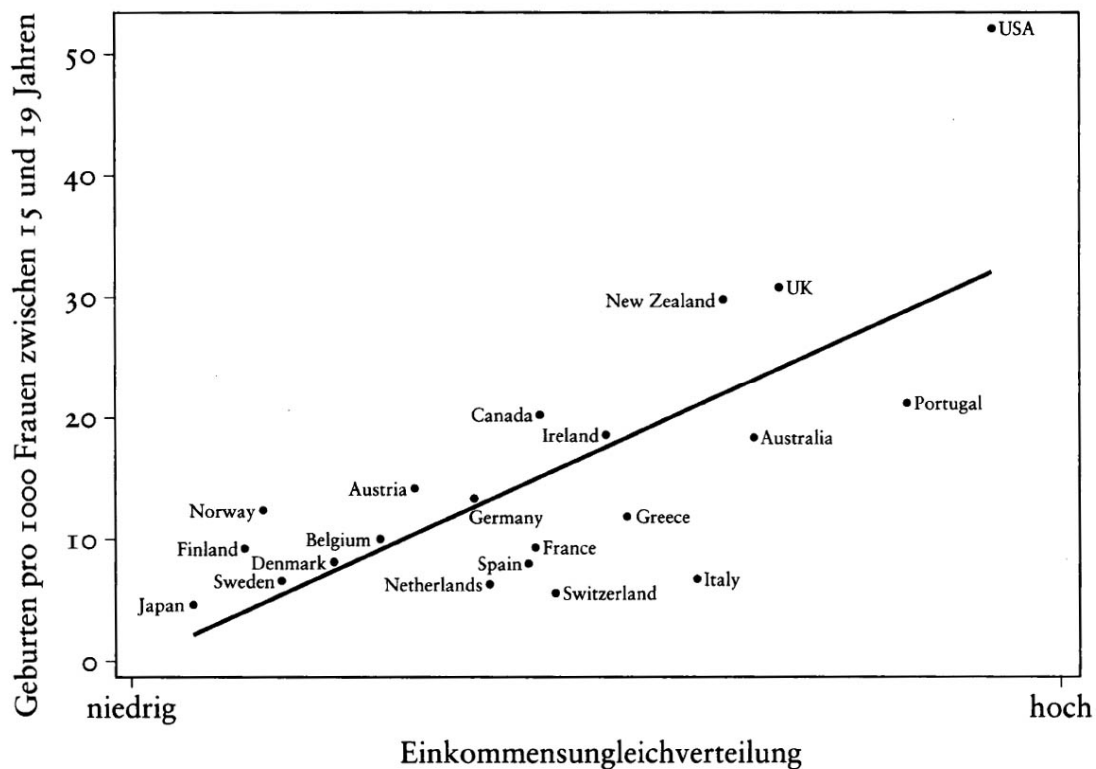


Quelle (Daten und Darstellung): Wilkinson et al., 2009, S. 85

### 5.1.3 Einkommensverteilung und Teenagerschwangerschaften

Je stärker die Ungleichverteilung der Einkommen, desto höher die Rate von Teenagerschwangerschaften in einer Volkswirtschaft (Abbildung 9). Dies ist insbesondere aus dem Aspekt heraus besonders problematisch, dass die soziale Vererbung des niedrigen Status bei Kindern von Teenagern besonders wahrscheinlich ist. Hinzu kommt, dass es eine eindeutige Korrelation zwischen Teenagerschwangerschaften und der Kriminalitätsrate 15 Jahre später gibt. Die hohe Rate an Teenagerschwangerschaften verbunden mit den de facto nicht existenten Aufstiegschancen der daraus resultierenden Kinder führt zu einem Anstieg der Kriminalität und – mangels Alternativen – zu einem weiter ansteigenden Ruf nach *Law and Order* in der betroffenen Gesellschaft. Ein Ansteigen der Zahl der Gefängnisinsassen ist das direkte Resultat (Levitt et al., 2007).

**Abbildung 9: Teenagerschwangerschaften und Ungleichverteilung**



Quelle (Daten und Darstellung): Wilkinson et al., 2009, S. 145

## 5.2 Auswirkungen egalitärer Verteilung

Unter egalitärer Einkommensverteilung<sup>25</sup> wird hier kein realsozialistisches Konzept verstanden, bei welchem jedes Individuum – mit Ausnahme der Elite – unabhängig von der Leistung dasselbe Einkommen erzielt. Vielmehr geht es darum, die Ungleichverteilung innerhalb gewisser Schranken zu halten – wie es die skandinavischen Länder vorexerzieren. In anderen Worten: Das Medianeinkommen darf sich nicht allzu weit vom Durchschnittseinkommen entfernen, und ein gewisses Maß an Leistungsgerechtigkeit – in dem Sinne, dass die arbeitende Bevölkerung nicht allzu krass gegenüber den Vermögenden benachteiligt wird – muss aufrechterhalten bleiben.

### 5.2.1 Wirtschaftliche Auswirkungen egalitärer Verteilung

Die positiven Auswirkungen egalitärer Verteilung auf das Wirtschaftswachstum wurden bereits in Kapitel 2.6 ausgearbeitet. So nimmt die Konsumgüternachfrage überproportional zu, da die Konsumquote negativ mit dem Einkommen korreliert. Hinzu kommt, dass egalitäre Einkommensverteilung den Anreiz zur Arbeitsaufnahme fördert und so die Produktivkraft einer Volkswirtschaft steigert. Verschiedene empirische Untersuchungen belegen den wirtschaftswachstumreduzierenden Effekt von zunehmender Ungleichverteilung (Bock-Schappelwein et al., 2009).

<sup>25</sup> Dem Gleichheitspostulat zugewandt.

Sozialpolitische Maßnahmen haben entscheidenden Einfluss auf eine egalitäre Verteilung und damit eine bedeutende ökonomische und gesellschaftliche Stabilisierungsfunktion. (ibid., S. 4)

### **5.2.2 Gesellschaftliche Auswirkungen egalitärer Verteilung**

Wie Frey (2008) zeigt, beruht das Wohlbefinden des Menschen nicht so sehr auf seinem absoluten Wohlstand als vielmehr auf seinem relativen. Auch wenn das durchschnittliche Wohlbefinden einer Ökonomie anfangs mit steigendem Durchschnittseinkommen zunimmt, verschwindet ab einem gewissen – kulturell unterschiedlichen – Durchschnittseinkommen dieser Zusammenhang wieder. Ab diesem Zeitpunkt spielt die relative Einkommensverteilung für das Wohlbefinden der Bevölkerung eine viel größere Rolle als das absolute Einkommen (Prisching, 2006; Frey, 2008).

Die durch egalitäre Verteilung erreichte Zunahme an gesellschaftlichem Wohlbefinden äußert sich wiederum ökonomisch, indem die so gestärkte gesellschaftliche Stabilität positive Effekte auf Wettbewerbsfähigkeit, Kapital- und Humankapitalinvestitionen hat (Bock-Schappelwein, 2009).

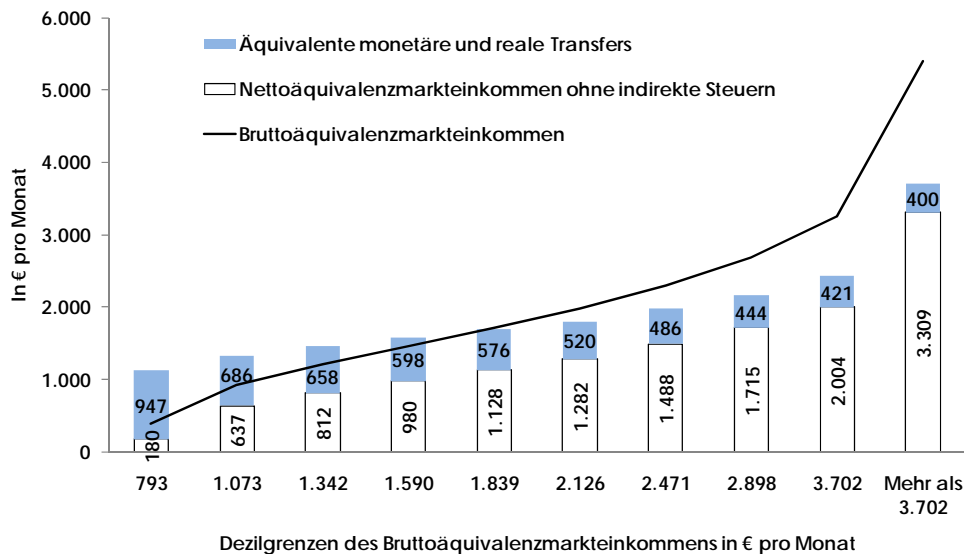
Natürlich spielt hier der bereits angesprochene Zusammenhang von Einkommensverteilung und Kriminalität ebenfalls eine große Rolle. Je ungleicher die Einkommensverteilung, desto höher die Anzahl an Eigentums- und Gewaltdelikten. Und desto höher die Kosten für die Verwaltung der Straffälligen (Freeman, 1996; Wilkinson et al., 2009).

## **5.3 Umverteilung in Österreich**

Umverteilung ist in Österreich (beinahe) alleinige Aufgabe der Sozialpolitik. Das Steuersystem in Österreich ist nur scheinprogressiv und lindert die ungleiche Verteilung der Markteinkommen nicht, da direkte Steuern in Österreich nur eine relativ geringe Rolle spielen. Dies führt dazu, dass das unterste Einkommensdezil 37% seines Gesamteinkommens an Steuern und Abgaben abführt, was nur unwesentlich unter den 40% liegt, die das reichste Dezil abgibt. Da in dieser Rechnung allerdings weder Selbstständigeneinkommen noch vermögensbezogene Einkommen aufscheinen, ist das Abgabensystem in Österreich regressiv. Dies liegt daran, dass zwar die Einkommensteuer progressiv ist, die Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge sowie die indirekten Steuern (Mehrwertsteuern etc.) aufgrund der unterschiedlichen Konsumquote allerdings regressiv sind. Die Finanzierung des Staates erfolgt demnach – im Gegensatz zur Behauptung konservativer Kräfte – nicht nach der Leistungsfähigkeit der Bürger. Alle Einkommensschichten sind fast gleich belastet. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer – wie sie von eben jenen Kräften zur Finanzierung der Finanzkrise gefordert wird – wäre demnach ein Schritt genau in die falsche Richtung. Hinzu kommt, dass trotz sinkender Lohnquote der Faktor Arbeit einen immer größer werdenden Anteil an der Abgabenlast trägt, wohingegen Vermögen in Österreich trotz der starken Zunahme nur sehr gering besteuert wird (Guger, 2010).

Im Gegensatz zum Steuersystem gelingt es der Sozialpolitik in Österreich allerdings relativ erfolgreich, die Ungleichheit der Markteinkommen etwas auszugleichen. Abbildung 10 zeigt die Einkommensverteilung in Österreich, und zwar jeweils vor und nach Steuern sowie inklusive (monetärer und realer) Transferleistungen.

**Abbildung 10: Primäre und sekundäre Einkommensverteilung in Dezilen; Österreich, 2005**



Quelle (Daten und Darstellung): Guger, 2010

Das Bruttoäquivalenzmarkteinkommen ist das nach Personenanzahl und Altersstruktur bereinigte Einkommen – exklusive finanzieller Transferleistungen.

Die Umverteilung durch den Sozialstaat in Österreich zielt dabei in erster Linie auf zwei Dinge ab:

1. horizontale Umverteilung im Sinne eines Einkommensausgleichs im Lebenszyklus: Kindheit, Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Alter
2. Absicherung gegenüber sozialen Risiken wie Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit, aber auch Behinderung oder Pflegebedürftigkeit

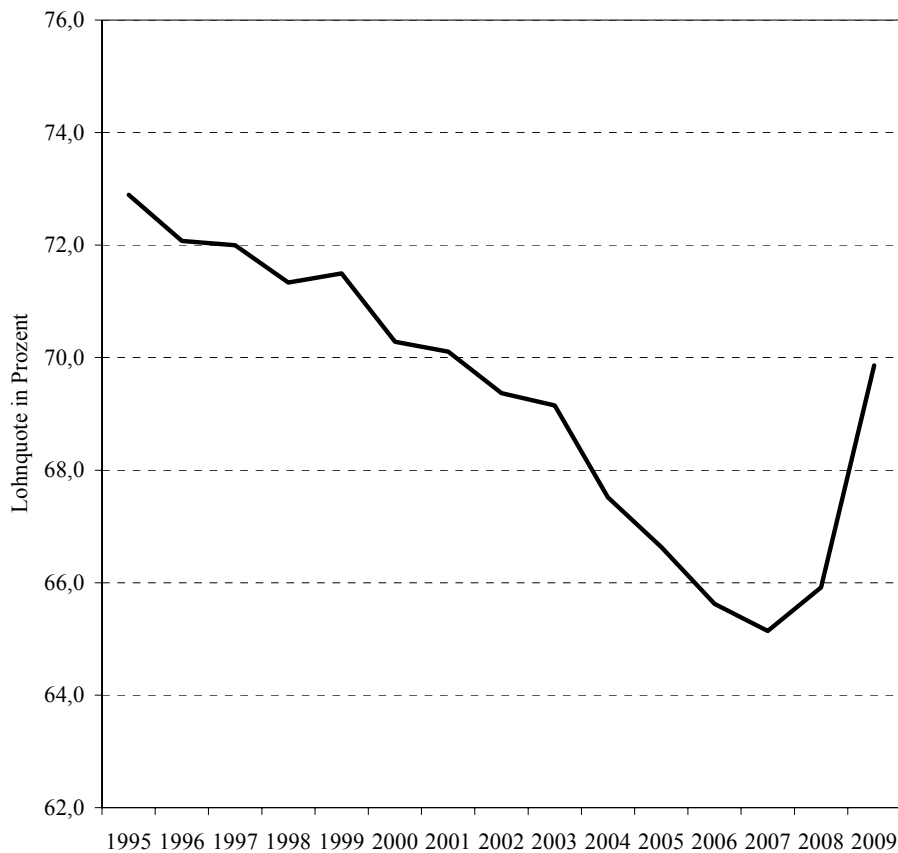
### 5.3.1 Reformpotenzial für mehr Gerechtigkeit

Wie gezeigt wurde, ist das Steuer- und Abgabensystem in Österreich nicht leistungsgerecht und die Steuerbelastung nur scheinprogressiv. Gewisse Reformen bieten sich daher an, um nicht nur eine Besteuerung auf Basis der Leistungsfähigkeit der einzelnen Bürger und Bürgerinnen zu gewährleisten, sondern auch positive Impulse für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu erzielen.

Im internationalen Vergleich stechen zwei Augenscheinlichkeiten hervor. Zum einen spielen die direkten Steuern in Österreich nur eine geringe Rolle. Zum anderen ist der Faktor Arbeit in Österreich überproportional belastet, während vermögensbezogene Einkünfte – also Einkünfte, hinter denen keine besondere Leistung steht mit der Ausnahme der, reich zu sein –

steuerlich bevorzugt werden. Diese Entwicklung spiegelt sich auch im Rückgang<sup>26</sup> der Lohnquote<sup>27</sup> in Österreich wider, wie Abbildung 11 darstellt.

**Abbildung 11: Entwicklung der Lohnquote in Österreich, 1995-2009**



Quelle: Statistik Austria & AK Wien<sup>28</sup>

Eine Entlastung des Faktors Arbeit durch leistungsgerechte Umschichtung der Steuerbelastung in Richtung Bankenabgabe, Finanztransaktionssteuer, vermögensbezogene Steuern etc. wäre empfehlenswert. Mit einer Reform der Sozialversicherungsbeiträge in der Form, dass die Beitragsbasis vergrößert wird und sämtliche Einkommensarten sozialversicherungspflichtig werden – wie beispielsweise vermögensbezogene Einkommen –, würden außerdem mehrere positive Auswirkungen einhergehen. So würde einerseits das Abgabensystem in Österreich leistungsgerechter – wie leistungsgerecht ist es, von einer Erbschaft zu leben und dafür auch noch steuerlich bevorzugt zu sein? Andererseits könnte durch die Verbreiterung der SV-Beitragsgrundlage der Sozialversicherungsbeitrag gesenkt und so der Faktor Arbeit spürbar entlastet werden. Einzelne Diskussionsbeiträge zur Pflegeversicherung gehen in diese Richtung. Dies würde sich sofort positiv auf Beschäftigung und Wirtschaftswachstum auswirken, die Anzahl der Steuerzahler im Land erhöhen und nicht zuletzt das Armutsrisiko von Geringverdienern reduzieren.

<sup>26</sup> Der Wiederanstieg der Lohnquote 2009 ist auf die Finanzkrise zurückzuführen, da sie in Krisenzeiten in entwickelten Volkswirtschaften aufgrund von Kündigungsschutz und Lohnrigiditäten antizyklisch reagiert. Diese Entwicklung ist allerdings allen Anzeichen nach nur vorübergehend.

<sup>27</sup> Die Lohnquote ist der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen.

<sup>28</sup> Lohnquote unbereinigt = (Arbeitnehmerentgelt/Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten)\*100. Auf die bereinigte Lohnquote wird aus Darstellungsgründen verzichtet.

## Zusammenfassung

Laut OECD hat die moderne Sozialpolitik der Wohlfahrtsstaaten die Industrieländer „effizienter, stabiler und gerechter“ gemacht (nach: Schmidt, 2007, S. 410). Der moderne Wohlfahrtsstaat sichert die individuelle Wohlfahrt, fördert durch Aktivierung seiner Klienten deren Mitwirkung an öffentlichen Angelegenheiten, sorgt für Sozialintegration und wirkt politisch stabilisierend (Alber, 2001).

Trotzdem wird diese Aufzählung dem modernen Sozialstaat nicht gerecht. Erst die Sozialpolitik macht unsere moderne Zivilisation zu dem, was sie ist. Erst durch sie werden evolutionäre Konzepte wie das Recht des Stärkeren und das *Survival of the Fittest* abgeschwächt und den Bedürfnissen des modernen Menschen angepasst. Die Sozialpolitik sichert die Lebensqualität aller, auch der Gewinner und Superreichen, indem sie für gesellschaftliche Stabilität sorgt und radikalistischen Tendenzen das Brennmaterial entzieht. Sozialpolitik in der einen oder anderen Form ist immer notwendig. Wenn ein Staat sich weigert, der Verelendung großer Bevölkerungsteile aktiv entgegenzutreten, muss er die – infolge dieser Politik entstehenden – Aggressiven unter den Verlierern wegsperren, auch wenn das heißt, dass – wie in den USA – 2% der Erwerbsbevölkerung in Gefängnissen sitzen. Inhaftierung ist auch eine Form der Sozialpolitik, nur eben die unterste Stufe.

Durch den erfolgreichen Schutz vor materieller Verelendung stabilisiert der Sozialstaat Gesellschaft, Politik und Ökonomie (Schmidt, 2007). Gerade in Krisenzeiten ist diese Funktion notwendiger denn je. Auch wenn die budgetären Zwänge groß sein mögen, gibt es viele Möglichkeiten der Budgetkonsolidierung, die nicht auf dem Rücken der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft ausgetragen werden müssen (siehe u. a.: Bock-Schappelwein et al., 2009; Guger et al., 2009; Aiginger et al., 2010; Buxbaum et al., 2010).

Hinzu kommt, dass undurchdachte Einsparungen im Sozialwesen nicht nur die ärmsten Mitglieder einer Gesellschaft hart treffen, sondern auch teils desaströse Folgewirkungen auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Einkommensverteilung und soziale Stabilität haben. Viel nachhaltiger ist es, sinnvolle Investitionen in den Sozialstaat zu tätigen, welche sich – wenn richtig gemacht – schon nach relativ kurzer Zeit für alle rentieren, wie die Arbeiterkammer Wien in ihrer Studie vom 12.8.2010 „Nachhaltige Budgetkonsolidierung durch Investitionen in den Sozialstaat“ gezeigt hat (Buxbaum et al., 2010).

## Bibliografie

- Aghion, P. (2008):** Higher Education and Innovation. *In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 9.SI, S. 28–45. Verein für Sozialpolitik/Blackwell Publishing: Oxford.
- Aiginger, K.; Böheim, M.; Budimir, K.; Gruber, N.; Pitlik, H.; Schratzenstaller, M.; Walterskirchen, E. (2010):** Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich. 2010/046-2. WIFO: Wien.
- Alber, J. (2001):** Hat sich der Wohlfahrtsstaat als soziale Ordnung bewährt? *In: Mayer, K. (Hrsg.): Die beste aller Welten? Marktliberalismus versus Wohlfahrtsstaat?* S. 59–112. Campus: Frankfurt/Main.
- Alteneder, W.; Kalmár, M.; Prammer-Waldhör, M. (2003):** Beschäftigungseffekte einer umfassenden Kinderbetreuung, Synthesis Forschung im Auftrag der Arbeiterkammer Wien: Wien.
- Benabou, R. (1996):** Inequality and growth. NBER Working Paper Nr. 5658. National Bureau of Economic Research: Cambridge, Massachusetts.
- Bock-Schappelwein, J.; Eppel, R.; Mühlberger, U. (2009):** Sozialpolitik als Produktivkraft. WIFO: Wien.
- Boekh, J.; Huster, E.; Benz, B. (2006):** Sozialpolitik in Deutschland – Eine Systematische Einführung. 2. Auflage. VS Verlag: Wiesbaden.
- Börsch-Supan, A. (2004):** Zur Produktivität des deutschen Gesundheitswesens. Was kann die Wissenschaft dazu beitragen, sie zu messen und zu verbessern? *In Hesse H. (2004): Knappheit der Gesundheit aus Knappheit der Mittel im Gesundheitswesen.* Akademie der Wissenschaften und der Literatur: Mainz.
- Breyer, F. & Zweifel, P. (1999):** Gesundheitsökonomie 3. Auflage. Springer: Berlin.
- Butterwegge, C. (2001):** Wohlfahrtsstaat im Wandel – Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. 3. Auflage. VS Verlag: Wiesbaden.
- Buxbaum, A.; Mitter, G.; Panhölzl, W.; Pirklbauer, S.; Wöss, J. (2010):** Nachhaltige Budgetkonsolidierung durch Investitionen in den Sozialstaat – Der Sozialstaat als produktiver Faktor. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien: Wien.
- Evers, A. & Heinze, R. (2008):** Sozialpolitik: Gefahren der Ökonomisierung und Chancen der Entgrenzung. *In: Evers, A.; Heinze, R. (Hrsg.): Sozialpolitik – Ökonomisierung und Entgrenzung.* S.–27. VS Verlag: Wiesbaden.
- Fessler, P. & Schürz, M. (2008):** Aktienbesitz in Österreich. *In: Geldpolitik und WirtschaftQ2/08.* OeNB: Wien.
- Fink, M. (2005):** Fallbeispiel Innenpolitik: Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institut für Staatswissenschaft und Vergleichende Gesellschaftswissenschaft, Universität Wien: Wien.

- Foellmi, R. & Zweimüller, J. (2003):** Inequality and economic growth: European versus U.S. experiences. Working Paper No. 158. University of Zurich: Zürich.
- Freeman, R. (1996):** Why So Many Young American Men Commit Crimes and What Might We Do About It. In: *Journal of Economic Perspectives*. 10 (1): 25–42.
- Freeman, R. (2008):** Labor Market Institutions around the World. CEP Discussion Paper Nr. 844. London School of Economics and Political Science: London.
- Frey, B. (2008):** Happiness – A Revolution in Economics. The Mit Press: Cambridge.
- Frick, J. & Grabka, M. (2007):** Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen. In: *Wochenbericht* 74 (2007), 45, S. 665–672. DIW: Berlin.
- Frick, J. & Grabka, M. (2008):** Schrumpfende Mittelschicht: Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: *Wochenbericht* 75 (2008), 10, S. 101–108. DIW: Berlin.
- Gaffney D.; Pollock A. M.; Price D. Shaoul J. (1999):** The politics of the private Finance Initiative and the new NHS. *British Medical Journal*, 319, S. 249–253.
- Guger, A. & Marterbauer, M. (2004):** Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung. Monographien, 12/2004. WIFO: Wien.
- Guger, A. & Marterbauer, M. (2007):** Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – ein Update. WIFO Working Papers, 307/2007. WIFO: Wien.
- Guger, A. (2010):** Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit in Österreich: Transparenz und Fairness – Umverteilung durch den Staat in Österreich. Enquete des Österreichischen Nationalrates, 20. Jänner 2010. WIFO: Wien.
- Guger, A.; Agwi, M.; Buxbaum, A.; Festl, E.; Knittler, K.; Halsmayer, V.; Pitlik, H.; Sturn, S.; Wüger, M. (2009):** Umverteilung durch den Staat in Österreich. WIFO: Wien.
- Haffner, S. (1987):** Von Bismarck zu Hitler: Ein Rückblick. Kindler: München.
- Hanushek, A. & Wößmann, L. (2007):** Education Quality and Economic Growth: Weltbank: Washington D.C.
- Hartmann, M. (2007):** Eliten und Macht in Europa – ein internationaler Vergleich. Campus Verlag: Frankfurt/Main.
- Kirisits, M. (2005):** Sozialstaat Österreich: 1945–2005. ARGE Jugend/Land Steiermark: Graz.
- Kirschner, E.; Steiner, M.; Hartmann, C.; Kernitzky, M.; Prettenthaler, F. (2010):** Wirtschaftsstandort Steiermark 2015. JOANNEUM RESEARCH im Auftrag der Wirtschaftskammer Steiermark: Graz.
- Lebensministerium (2009):** Grüner Bericht 2009. Kap. 4. S. 89–118. BMLFUW: Wien.

- Levitt, S. & Dubner, S. (2007):** Freakonomics – Überraschende Antworten auf tägliche Lebensfragen. Goldmann: München.
- Matzer, M. (2008):** Steirische Umwelttechnologie im internationalen Wettbewerb – Stärkefelder, Probleme, Lösungsmechanismen. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark: Graz.
- Müller, M.; Fuentes, U.; Kohl, H. (Hrsg.) (2007):** Der UN-Weltklimareport: Bericht über eine aufhaltsame Katastrophe. Kiepenheuer & Witsch: Köln.
- Neudeck, W. (2002):** Das Österreichische Gesundheitssystem. Manz: Wien.
- Obinger, H. (2007):** Die politischen Grundlagen wirtschaftlichen Wachstums im internationalen Vergleich. In: *Schmidt, M.; Ostheim, T.; Siegel, N.; Zohlnhöfer, R. (Hrsg.) (2007): Der Wohlfahrtsstaat*. S. 311–325. VS Verlag: Wiesbaden.
- OECD (2006):** OECD Employment Outlook – Boosting Jobs and Incomes, Paris, OECD Publications. Chapter 7: Reassessing the Role of Policies and Institutions for Labour Market Performance: A Quantitative Analysis. S. 207–243). OECD: Paris.
- OECD (2007):** More Jobs but Less Productive? The Impact of Labour Market Policies on Productivity. In: *Employment Outlook 2007*. S. 55–103. OECD: Paris.
- Prisching, M. (2006):** Die zweidimensionale Gesellschaft – ein Essay zur neokonsumistischen Geisteshaltung. VS Verlag: Wiesbaden.
- Reisner C. & Dihlmann M. (2006):** [Wahl]Arzt in Österreich – Überlebensstrategien im Gesundheitssystem von morgen. Springer-Verlag: Wien, New York.
- Rodriguez, E. (2001):** Keeping the Unemployed Healthy: The Effect of Means-Tested and Entitlement Benefits in Britain, Germany, and the United States. In: *American Journal of Public Health*. 91 (9). S. 1403–1411.
- Rothgang, H. & Preuss, M. (2008):** Ökonomisierung der Sozialpolitik? Neue Begründungsmuster sozialstaatlicher Tätigkeit in der Gesundheits- und Familienpolitik. In: *Evers, A.; Heinze, R. (Hrsg.): Sozialpolitik – Ökonomisierung und Entgrenzung*. S. 9–27. VS Verlag: Wiesbaden.
- Scharpf, F. (1987):** Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Campus: Frankfurt/Main.
- Schmalzer, T.; Neubauer, M.; Matzer, M.; Wenzel, R.; Hiller, B. (2007):** Die Dritte Säule im Österreichischen Gesundheitssystem – Eine Studie für den Raum Graz am Beispiel des Ärzte-Center Graz. FH JOANNEUM: Graz.
- Schmid, G. (2009):** Der Mehrwert der Arbeitsmarktpolitik. Von der Arbeitslosen- zur Beschäftigungsversicherung. In: *Seifert, H.; Struck, O. (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Sozialpolitik – Kontroversen um Effizienz und soziale Sicherheit*. S. 29–51. VS Verlag: Wiesbaden.
- Schmidt, M. (2007):** Positive und negative Wirkungen der Sozialpolitik. In: *Schmidt, M.; Ostheim, T.; Siegel, N.; Zohlnhöfer, R. (Hrsg.) (2007): Der Wohlfahrtsstaat*. S. 410–422. VS Verlag: Wiesbaden.

- Schmidt, M. (2004):** Sozialpolitik der DDR. VS Verlag: Wiesbaden.
- Schneider, U.; Luptáčík, M.; Schmidl, B. (2006):** Volkswirtschaftliche Effekte außerhäuslicher Kinderbetreuung – Eine Input-Output-Analyse der Produktions-, Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der Wiener Kindertageseinrichtungen. Forschungsbericht 01/2006, Institut für Sozialpolitik, Wirtschaftsuniversität Wien: Wien.
- Schulz-Nieswandt F. & Kurscheid C. (2003):** Grundzüge der Alterssozialpolitik und der integrierten Versorgung. Universität Köln: Köln.
- Schwarz, W. & Löschnigg, G. (2001):** Arbeitsrecht. 9. Auflage. Monographie. ÖGB Verlag: Wien.
- Siegel, N. (2007):** Die Analyse wohlfahrtsstaatlicher Programme. In: *Schmidt, M.; Ostheim, T.; Siegel, N.; Zohlnhöfer, R. (Hrsg.) (2007): Der Wohlfahrtsstaat.* S. 291–306. VS Verlag: Wiesbaden.
- Statistik Austria (2008):** Einkommen, Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus EU-SILC 2006. Statistik Austria: Wien.
- Wilkinson, R. & Pickett, K. (2009):** Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Zweitausendeins: Frankfurt/Main.
- Zohlnhöfer, R. (2007):** Politische Steuerung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung? In: *Schmidt, M.; Ostheim, T.; Siegel, N.; Zohlnhöfer, R. (Hrsg.) (2007): Der Wohlfahrtsstaat.* S. 410–422. VS Verlag: Wiesbaden.